

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz

33. Sitzung
14. März 2019

Beginn: 10.35 Uhr
Schluss: 13.10 Uhr
Vorsitz: Oliver Friederici (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0182](#)
Baumbestand und seine Entwicklung in Berlin – mit UmVerk
Anhörung
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Oliver Friederici: Ich begrüße zunächst Herrn Hönig bei uns im Ausschuss. Herzlich willkommen! Sie haben fünf Minuten für ihr Eingangsstatement. Da bin ich heute sehr großzügig, weil uns heute Anzuhörende abhandengekommen sind, weil das sehr kurzfristig war. Deswegen versuchen wir, das heute zu füllen, wobei ich gleich sage, wir müssen das nicht auf zweieinhalb Stunden ausdehnen. Außerdem nimmt Herr Bezirksstadtrat Schruoffeneger, Leiter der Abteilung Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf teil, er ist auf dem Weg hierher. Ich gehe davon aus, dass Sie ein Wortprotokoll möchten. – Ich höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich frage zunächst die Koalition. – Herr Dr. Altug begründet den Besprechungspunkt. – Bitte sehr!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Heute reden wir über ein Thema, das in den letzten Wochen und Monaten in der Stadt hoch und runter debattiert und diskutiert wird. Das ist einerseits gut, auf der anderen Seite nicht gut. Einerseits ist es gut, dass die Menschen sich mit dem Thema Naturschutz, Baumbestand in Berlin beschäftigen. Nicht gut ist, dass wir tatsächlich immer noch eine negative Bilanz haben, wenn es um die Anzahl von gefälltten und angepflanzten Bäumen geht. Wir haben ca. 6 000 Straßenbäume weniger. Es wurden mehr gefällt, als gepflanzt worden sind. Wir haben eine Debatte über ein Vorhaben von Baumfällungen vor der Urania: Wie konnte man auf die Idee kommen, Bäume zu fällen? – Der Klimawandel ist da, man braucht Bäume, um die Stadt an den Klimawandel anzupassen. Ich werde persönlich weiterhin dafür streiten, dass diese Bäume an der Urania stehen bleiben.

Was machen wir als Rot-Rot-Grün in der Regierung, was dem Baumbestand betrifft? – Für uns ist das auch eine soziale Frage: grün in grau. Es gab den Umweltgerechtigkeitsbericht, der zeigt, die Menschen an meistbefahrenen Straßen sind einkommensschwach. Die leiden mehr unter Lärm und weiteren Folgen von Verkehr. Sie haben auch kaum Zugang zu Grünanlagen. Wir haben als R2G viel Geld in die Hand genommen, um die Straßenbäume bzw. den Baumbestand Berlins zu erhalten, aber auch auszubauen. Wir investieren im Jahr 2018/19 insgesamt 8 Millionen Euro für Neupflanzungen, aber auch für die Pflege und den besseren Schutz alter Baumbestände. Auch im Rahmen des Nachtragshaushalts haben wir 2 Millionen Euro für Bäume und 12 Millionen Euro für die Sanierung der Grünanlagen in den Bezirken in die Hand genommen. Das sind ein paar Beispiele, um zu zeigen, wie wichtig uns das Stadtgrün bzw. die Bäume dieser Stadt sind. Ich freue mich auf die Anhörung und die Vorschläge vonseiten der Zivilgesellschaft und auch des Herrn Bezirksstadtrats. – Danke schön!

Vorsitzender Oliver Friederici: Recht herzlichen Dank, Herr Abgeordneter! – Nun zur allgemeinen Stellungnahme des Senats, Frau Senatorin Günther, bitte sehr!

Senatorin Regine Günther (SenUVK): Ja, vielen Dank! – Ich freue mich sehr, dass das Thema heute auf der Tagesordnung steht, denn wir sehen natürlich auch mit Sorge, dass der Baumbestand zurückgeht. Der Höchststand war 2013 mit 440 000 Straßenbäumen. Augenblicklich – Stand 31. Dezember – liegt er bei 433 000. Die Bäume sind auch vermehrtem Stress ausgesetzt. Das hat einerseits mit den Klimaereignissen zu tun. Wir haben es gesehen mit Astabbrüchen und Baumumstürzen. Wir haben massive Hitze- und Trockenschäden. Wir haben Schaderreger im Zuge des Klimawandels, also Pilzerkrankungen. Außerdem sind für die Bäume natürlich auch die städtischen Bedingungen, die generell da sind, nicht hilfreich. Dazu gehören Schäden durch Streusalz, Vandalismus, verringerte Standfestigkeit. Wir haben gegengesteuert mit massiver finanzieller Ausstattung, weil wir glauben, es liegt auch daran, dass die Straßen- und Grünflächenämter nicht ausreichend ausgestattet waren, sowohl finanziell als auch personell.

Deshalb erlauben Sie mir, noch mal zu sagen, wie sich die finanzielle Ausstattung entwickelt hat. 2017 wurden 1,2 Millionen Euro, 2018 6,6 und 2019 6,1 Millionen Euro, insgesamt fast 14 Millionen Euro ausgegeben. Wir sind da bestimmt noch nicht am Ende. Wenn wir das Stadtgrün erhalten wollen, müssen uns darüber Gedanken machen, erstens: Was sind – ich sage mal in Anführungsstrichen – klimaresistente Bäume? Denn viele Bäume, die wir angepflanzt haben, haben es im letzten Jahr gar nicht geschafft, das Grundwasser mit ihren Wurzeln zu erreichen, das heißt, sie sind wieder abgestorben. Insofern sind wir jetzt in der Phase

zu gucken: Was müssen wir noch mehr machen? Ich glaube, da ist hier so eine Anhörung, sich darüber zu verständigen, genau richtig. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke schön, Frau Senatorin! – Nun kommen wir zu unserem Sachkundigen, Herrn Hönig. – Sie haben eine Präsentation angekündigt. Ich gebe Ihnen das Wort für fünf Minuten. – Bitte sehr!

Christian Hönig (BUND): Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! – Ganz kurz zu meinem Hintergrund: Ich bin studierter Förster. Ich habe mir das Studium als Baumpfleger finanziert und bin halt irgendwann beim BUND als Baumschützer gelandet. Es ist ein sehr kurzer Abriss, ich kann sehr lange über Bäume reden. Der Berliner Baumbestand ist auch so vielfältig, dass man hier durchaus zweieinhalb Stunden füllen könnte, ich will aber versuchen, mich an die fünf Minuten zu halten. Deswegen skippe ich schon mal die ersten Folien.

Baumbestand und seine Entwicklung in Berlin

- Straßenbäume
- Anlagenbäume
- Privatbäume
- Waldbäume

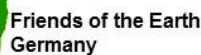


Friends of the Earth
Germany



Grundsätzlich kann man den Baumbestand in Berlin unterteilen in Straßenbäume – das sind die Bäume, die draußen in den Straßen stehen –, Anlagenbäume – das sind Parkbäume und Bäume auf den Friedhöfen –, Privatbäume – habe ich es mal genannt, das sind alle Bäume auf Privatgelände, also nicht nur in den Gärten, sondern auch auf größeren Werksanlagen, Krankenhausgeländen etc. – und Waldbäume, die sowieso ungezählt sind. Ich will mich in diesem Vortrag hauptsächlich auf die Straßenbäume und kurz auf die Bäume auf Privatgelände be-

Baumbestand und seine Entwicklung in Berlin



Die Bedeutung der Straßenbäume ist Ihnen sicherlich allen bekannt. Im StEP Klima und in der Strategie Stadtlandschaft finden wir sie wieder. Sie sind eigentlich das veritabelste Mittel der Stadt für die Klimawandelanpassung. Es geht dabei nicht darum, dass wir mit Bildung des Baumbestandes den Kohlenstoffgehalt in der Atmosphäre senken, sondern wir nutzen diese Bäume, um einerseits die Fassaden zu beschatten, damit sich diese nicht so aufheizen, genauso wie die Straßen, und über die Verdunstung von Wasser wird die Stadtluft gekühlt, und so kommen wir besser mit den Extremwetterereignissen, die uns leider bevorstehen, klar.

Baumbestand und seine Entwicklung in Berlin

	Fällungen	Neupflanzungen	Saldo
2005 - 2011	33.149	22.790	-10.359

Stadtbaumkampagne:
neue Bäume

ca. 8300

Friends of the Earth
Germany



Zu den Zahlen: Es wurde schon sehr viel vorweggenommen. Wir haben von 2005 bis 2011 einen regelmäßigen Baumreport bekommen. Da gab es ein Minus von 10 000 Bäumen. Danach kam die Stadtbaumkampagne, vom damaligen Stadtentwicklungssenator Michael Müller initiiert. Damit sind mittlerweile bis zu 8 300 Bäume nach gepflanzt worden. Das ist wirklich gut, aber es ist leider ein Tropfen auf den heißen Stein.

Baumbestand und seine Entwicklung in Berlin

	Fällungen	Neupflanzungen	Saldo
2005 - 2011	33.149	22.790	-10.359
2012	4.594	2.740	-1.854
2013	3.999	2.395	-1.604
2014	4.437	2.349	-2.088
2015	5.267	1.874	-3.393
2016	5.222	1.797	-3.425
2017	7.883	1.777	-6.106
2018	6.228	2.135	-4.093
2012 - 2018	37.360	15.067	-22.563

Friends of the Earth
Germany



Ich habe jetzt hier noch die Zahlen zwischen 2012 und 2018. Wir haben allein in diesen letzten sechs Jahren 22 000 Straßenbäume verloren. Ich rechne hier nur die bekannten Fällungen und die Neupflanzungen gegeneinander auf.

Baumbestand und seine Entwicklung in Berlin

	Fällungen	Neupflanzungen	Saldo
2005 - 2011	33.149	22.790	-10.359
2012	4.594	2.740	-1.854
2013	3.999	2.395	-1.604
2014	4.437	2.349	-2.088
2015	5.267	1.874	-3.393
2016	5.222	1.797	-3.425
2017	7.883	1.777	-6.106
2018	6.228	2.135	-4.093
2012 - 2018	37.360	15.067	-22.563
2005 - 2018	70.779	37.857	-32.922

Friends of the Earth
Germany



Wenn ich das Ganze zusammenziehe, haben wir seit 2005 einen Verlust von 32 000 Straßenbäumen. Das ist dann schon, selbst wenn Berlin die Stadt mit einem sehr hohen Baumbestand ist, absolut dramatisch. Sie sehen, dass bei den hohen Zahlen 2017 und 2018 Sturmtief Xavier und der Dürresommer mit drin sind.

Baumbestand und seine Entwicklung in Berlin

Straßenbaumbestand	
2012	439.971
2013	437.964
2014	439.195
2015	438.159
2016	437.925
2017	432.937
2018	431.056

Friends of the Earth
Germany



Wenn wir mal in die Gesamtzahlen gehen – ich habe es hier rot markiert –: Im Prinzip verlieren wir seit 2014, der Bestand wird substantiell weniger, und das ist auch deswegen besonders dramatisch, denn gleichzeitig wird gebaut, es werden neue Wohn- und Gewerbegebiete angelegt. Dort werden natürlich neue Straßenbäume gepflanzt. Die Erfassung der Bäume im Kataster schreitet voran, das heißt, Bäume, die bisher nicht aufgenommen wurden, kommen da neu hinein, und trotzdem haben wir seit vier Jahren einen rückläufigen Straßenbaumbestand.

Baumbestand und seine Entwicklung in Berlin

- Schwierigste Standorte
- Schwankende Wasserversorgung
- Nährstoffmangel + Streusalz
- Mechanische Schäden
- Zu wenig Geld und Personal in den Grünflächenämtern



Friends of the Earth
Germany



Die Gründe dafür wurden auch schon angedeutet. Der Standort Straße ist für einen Baum so ziemlich das Schwierigste nach subalpin, also es sind die widrigsten Bedingungen. Wir haben durch den Straßenverlauf sehr ungleichmäßige Lichteinstrahlung, was für die Photosynthese sehr wichtig ist. Wir haben eine sehr schwankende Wasserversorgung. Wenn man sich anschaut, in was für einem kleinen Stückchen Erde so ein Baum steht, dann kann man sich wundern, dass der Baum dort überhaupt wächst. Wir haben dort massiven Nährstoffmangel und die Streusalzschäden, die vorhin auch schon angesprochen wurden. Streusalz ist der Baumkiller Nummer 1, egal wie schwierig die Bäume es auch haben. Wenn Streusalz noch dazukommt, ist das in der Regel das, was sie über die Kante treibt. Dann natürlich mechanische Schäden, das sind sowohl Anfahrschäden von Autos als auch – immer wieder beliebt – Anketten von Fahrrädern an jungen Bäumen mit schweren Ketten. Bitte tun Sie das nicht!

Baumbestand und seine Entwicklung in Berlin

- Hohe Belastung
- Baumpflege nach Verkehrssicherung statt nach Entwicklungszielen
- Kraftzehrende Konflikte mit der Bevölkerung



Friends of the Earth
Germany



Eines der größten Probleme, das wir haben, ist zu wenig Geld und Personal in den Grünflächenämtern. Das äußert sich dann ganz stark in der Baumpflege, die wir haben. Grundsätzlich hat sich die Baumpflegequalität in Berlin in den letzten Jahren bedeutend verbessert, schwierig wird es in allen Situationen, wo man ein bisschen mehr machen müsste als das Minimum. Dann kommt halt leider öfters mal dieser Berliner Kleiderständer heraus. Die Menschen in den Grünflächenämtern stehen wirklich mit dem Rücken zur Wand. Ich erlebe da immer wieder sehr engagierte Gärtnerinnen und Gärtner, die aber einer hohen Belastung ausgesetzt sind. Sie richten die Baumpflege nach der Verkehrssicherung statt nach Entwicklungszielen aus, sprich, sie schneiden diese Bäume so sicher, dass keine Gefahren davon ausgehen, und tun nicht das, was man machen müsste, um den Baumbestand möglichst lange zu erhalten, also dass man sagt: Dieser Baum, wenn ich ihn ein bisschen aufwendiger behandle, hat ein bedeutend längeres Leben.

Und was wir auch noch sehen, durchaus aufgrund der geringen Personaldecke: Wir haben ganz kraftzehrende Konflikte mit der Bevölkerung. Sie wissen sicherlich selbst auch, wenn irgendwo eine Baumfällung angekündigt wird oder gerne auch drei, vier, fünf, dann klingeln die Telefone in der Verwaltung Sturm, und das ist sehr schwierig.

Baumbestand und seine Entwicklung in Berlin

Bäume auf Privatgelände:

- Verluste stetig aber unbekannt!
- Ausgleichspflanzungen werden nicht immer verfolgt
- Ausgleichszahlungen werden zur Pflanzung von Straßenbäumen verwendet



Friends of the Earth
Germany



Dann will ich noch kurz auf die Bäume auf Privatgelände eingehen. Die Verluste sind stetig, aber unbekannt. Niemand zählt wirklich ernsthaft, wie viele Bäume durch Bauvorhaben oder notwendige Fällungen in den Gärten und auf den Brachflächen in privater Hand verlustig gehen. Ich habe mich auch noch nicht getraut, eine dementsprechende Anfrage auf Akteneinsicht zu stellen, weil ich den Mitarbeitern nicht antun möchte, dass sie die Fällgenehmigungen der letzten Jahre zählen. Es gibt keine Statistik über die Verluste auf Privatgelände.

Die Ausgleichspflanzungen werden nicht immer verfolgt, was den Grund hat, dass die erst nach vier Jahren, wenn sie dann halt stehen, auch gewährleistet sein müssen. Man muss also vier Jahre zurückschauen, da wurde ein Baum gefällt, ich fahre raus und schaue, ob dieser Baum auch wirklich nachgepflanzt ist – in den Naturschutzbehörden kann das bei der Personaldecke kein Mensch leisten, das kriegen sie nicht hin.

Und Ausgleichszahlungen – sprich, ich pflanze keinen neuen Baum, sondern ich gebe Geld für den gefällten, damit ein neuer gepflanzt wird – werden dann in den Bezirksämtern des Öfteren auch zur Pflanzung von Straßenbäumen verwendet, das heißt, ich habe einen fehlenden Straßenbaum und einen fehlenden Baum auf Privatgelände, der Straßenbaum wird ersetzt, macht ein Minus von einem Baum.

Baumbestand und seine Entwicklung in Berlin

Was den Bäumen helfen würde:

- Stärkung Grünflächenämter
- Regelmäßiger Frühjahrsdienst mit Düngung und Wässerung
- Stärkung Naturschutzbehörden
=> Verbesserung BaumSchVO
- Sturmmanagement

Friends of the Earth
Germany



Was würde den Bäumen helfen? – Zum großen Teil ist es die Stärkung der Grünflächenämter, und zwar eine substanzielle, dauernde Stärkung. Sonderzahlungen sind sehr gut und gerade in Notzeiten wie im letzten Sommer absolut notwendig gewesen, gleichzeitig bedeutet es aber immer noch einen hohen Verwaltungsaufwand, diese Sondermittel dann auszugeben und zu bilanzieren. Wenn wir davon ausgehen, dass die Grünflächenämter und Naturschutzbehörden ohnehin schon völlig überlastet und überarbeitet sind, wird ein Regen von Sondergeldern auch nicht immer gern gesehen. Es ist dann ein Mehraufwand. Was wirklich wichtig wäre, wäre eine dauerhafte Stärkung der Gartenämter.

Was den Bäumen sehr helfen würde, wäre ein regelmäßiger Frühjahrsdienst mit Düngung und Wässerung. Damit kann man das Streusalzproblem – das Pflanzenschutzamt hat da letzts Versuche gemacht – sehr gut auffangen und reduzieren und würde sehr viel für den Baumbestand machen. Wenn ich sie im Frühjahr ausgiebig gieße, haben sie sehr viel Kraft, auch für trockene Sommer, die kommen. Zusätzlich habe ich eine Infrastruktur, mit der ich einen Sommerdienst bei Bedarf machen kann. Die personelle Stärkung der Naturschutzbehörden wäre auch sehr wichtig.

Wenn man das gemacht hat, kann man noch die Baumschutzverordnung angehen. Es gibt da einige dramatische Lücken, z. B. muss ein Baum, der aufgrund seiner Krankheit gefällt werden muss, nicht ersetzt werden; für den sind keine Ausgleichszahlungen nötig. Ein kranker Baum in der Stadt ist schnell gefunden. Ebenso steht da noch: wenn ein Baum seine ökologi-

sche Funktion verloren hat. – Ein Stück Holz, das in der Pampa rumliegt, hat eine ökologische Funktion, also das ist ein Passus aus den Achtzigern, den wir nicht mehr brauchen.

Wir hatten letztens wieder eine Veranstaltung, organisiert von den Mitarbeitern der Bezirksämter, wo man darüber gesprochen hat: Was machen wir eigentlich, wenn noch mal so ein Sturm wie Xavier kommt? – Es braucht dringend ein Notfallmanagement für solche Extremwetterereignisse wie Xavier oder Ähnliches. – Vielen Dank! – [Allgemeiner Beifall]

Vorsitzender Oliver Friederici: Herzlichen Dank, Herr Hönig, für diesen fast punktgenauen, siebenminütigen Vortrag! Das war sehr gut und interessant. Die gezeigte Präsentation wird Bestandteil des Protokolls werden. – Bevor wir weitermachen, begrüße ich Herrn Staatssekretär Tidow in unserer Runde und auch neu unseren nächsten Sachkundigen, Herrn Bezirksstadtrat Schruoffeneger vom Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf. Herzlich willkommen!

Eine persönliche Bemerkung: Lieber Herr Schruoffeneger! Sie sind ein Jahr länger in diesem Ausschuss als ich, nämlich seit 1994, habe ich rausbekommen, also von daher: Schön, mal wieder jemanden aus der Anfangszeit hier sehen zu können! Wir sind ja in unterschiedlichen Verwendungen immer wieder hier. – [Daniel Buchholz (SPD): Er hat sich aber weiterentwickelt!] – Er hat sich weiterentwickelt, ja, ich bin nur Ausschussvorsitzender. – Nun, lieber Herr Schruoffeneger, auch für Sie fünf Minuten der erhellenden Erkenntnisse für uns in der Anhörung!

Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Ich versuche es. Wunderschönen guten Tag erst mal! Wir haben als Bezirk vor anderthalb Jahren beschlossen, dass wir aus allen Programmen der Neuanpflanzung aussteigen. Wir haben im Jahr 2018 und auch 2019 nicht neu gepflanzt, weil die Personalsituation so ist, dass wir gesagt haben: Wir haben eine so desolante Situation im Bestand, jahrelang keine Totholzentnahme, keine vernünftige Baumpflege, dass wir alle Kapazitäten erst mal für einen Zeitraum von zwei Jahren darauf konzentrieren, den Bestand wieder zu sichern, denn das eine ist die Verkehrssicherungspflicht, Totholz, das andere ist aber, wenn Sie jahrelang nicht pflegen, sinkt auch die Lebensdauer der vorhandenen Bestände erheblich, und die Situation war eingetreten. Das ist politisch eine spannende Debatte gewesen zu sagen, wir nehmen an den Neuanpflanzungsprogrammen nicht teil, aber ich glaube, dass man in so einer Situation die Schwerpunkte setzen muss.

Was sind die Hintergründe? – Das eine Stichwort ist schon gefallen, das ist die mangelnde Ausstattung. Wir haben ja dieses schöne System der Produkthaushalte und der Zuweisungen nach Produkten. Das mag man mögen oder nicht, aber das ist das System, was wir haben. Im Jahr 2001 haben die Bezirke pro Straßenbaum 61 Euro bekommen. Davon sind Personal und Sachmittel zu bezahlen. Heute sind wir bei 47 Euro. Das heißt, wir haben in den letzten 18 Jahren eine Reduktion um knapp 30 Prozent bei einer Verdopplung der Pflegekosten, also sowohl Gehälter im öffentlichen Dienst als auch Fremdvergabe an Firmen. So was hat Auswirkungen. Das Stichwort ist auch schon gefallen: Sonderprogramme sind schön für einmalige Investitionen, sie helfen uns aber nicht in unserer langfristigen Vernachlässigungssituation. Wir brauchen Regelfinanzierung. Die brauchen wir als Standard, der dauerhaft festgeschrieben wird, der dann auch in der KLR und in den Produktkosten fortgeschrieben wird, nicht als einmaligen oder zweijährigen Zuschuss. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt geht auch noch mal zu den Sonderprogrammen: Die kann man mal obendrauf setzen, sie führen aber nicht dazu, dass wir zusätzliches Personal kriegen. Bei mir sind zwei Leute im Bezirk zuständig für die gesamte Baumpflege, also Planung, sage ich mal, das heißt, die müssen alle Fällanträge bearbeiten, sie müssen aber auch Pflegekonzepte schreiben. Ein Sonderprogramm führt nicht dazu, dass unsere Fallzahl steigt, und damit gibt es auch kein zusätzliches Personal, sprich, sie können es einfach nicht mehr abarbeiten. Gleichzeitig haben wir eine Situation, dass die Anträge auf Fällungen und Baumschnitte enorm hochgehen, wir haben eine Verdreifachung der Baugenehmigungen im Bezirk. Das heißt, bei jeder Baugenehmigung geht es immer um den Straßenbaum in der Einfahrt, es geht immer um die Bäume auf dem Grundstück, einmal Umweltamt, einmal Grünflächenamt. Das haben die obendrauf gekriegt. Die ganzen Diskussionen, die wir immer führen, Beschleunigung von Bauvorhaben, das ist natürlich in allen Bezirken gleich, das geht in die Bauaufsicht, in die Rechtsämter, vielleicht auch in die Denkmalschutzbehörde, aber dass es natürlich auch eine Verdopplung in den Umweltämtern und in den Grünflächenämtern gibt, wird dabei überhaupt nicht berücksichtigt.

Da haben wir ein Riesenproblem, und das erhöht sich dadurch: Die Regelabfrage – ein Bauantrag geht ein und wird parallel dem Grünflächenamt und dem Umweltamt geschickt, um zu gucken, welche Bäume betroffen sind – gibt es nicht mehr, sondern die Bauordnung ist vor, ich denke, rund 15 Jahren so geändert worden, dass der Bauantrag bearbeitet wird und die Bauherren sich selber um weitere öffentlich-rechtliche Genehmigungen wie Baumfällungen kümmern müssen. Das führt aber dazu, dass sie schon eine Baugenehmigung haben, bevor

das Umweltamt oder das Grünflächenamt draufguckt, und alles, was früher möglich war, in einem frühen Stadium mit den Bauherren zu reden und zu sagen, kommt, verschiebt mal euer Gebäude um 2 m nach links, dann kann der Straßenbaum in der Einfahrt stehen bleiben, oder dreht ein bisschen auf dem Grundstück, das geht jetzt nicht mehr, weil die schon mit einer ausgestellten Baugenehmigung kommen. Da sind Sie dann natürlich als Mitarbeiter im Amt in einer ziemlich blöden Situation, wenn der da steht und sagt: Hier ist meine Investition, ich habe die Genehmigung, ich kann nächste Woche anfangen, ich habe meine halbe Million, die ich brauche, und jetzt erzählst du mir, ich soll noch mal neu planen. – Das setzen Sie nur ganz im Einzelfall durch. Und wenn Sie dann versuchen, das im Bezirk selber zu regeln und einfach per Arbeitsanweisung zu sagen, liebe Bauaufsicht, ab jetzt beteiligst du immer Grünflächenamt und Umweltamt, dann rutscht Ihnen die KLR in den Keller, weil das heißt, dann buchen Sie auf das Produkt Baugenehmigung zwei weitere Beratungsrunden, nämlich im Umweltamt oder im Grünflächenamt, es gibt kein eigenständiges Produkt dafür, und schon sind Sie bei jedem einzelnen Produkt in den Miesen.

Das heißt, unser Steuerungssystem KLR, die Produktdefinition sieht es einfach nicht mehr vor, dass die Grünflächen- und Umweltämter beteiligt werden. Das können Sie dann im Ausnahmefall als Bezirk mal durchsetzen und sagen, wir machen das, wenn Sie das aber flächendeckend machen wollen, was eigentlich notwendig wäre, dann kriegen Sie beim Jahresabschluss ein richtiges Problem, sodass politische Zielsetzung und Steuerungsmodell Finanzzuweisung an dem Punkt nicht zusammenpassen. Da sind Sie einfach hilflos, da können Sie nichts machen, da stehen Sie davor und schütteln mit dem Kopf, es regelt sich nicht. Das waren jetzt eher drei finanzstrukturelle Punkte, aber das ist halt meine Geschichte. Ich glaube, wenn man an dem Punkt was machen würde, und mein Tipp wäre – es geht in anderen Bereichen ja auch –, in den Haushaltsberatungen den konkreten Zuweisungspreis pro Baum anzuheben, also von den 47 wieder auf die 61 Euro, dann haben wir die Inflation immer noch nicht drin, aber das wäre schon mal was – [Zuruf] –, meinetwegen auch 80, man kann ja alles hochrechnen, wie man will, aber da konkret ranzugehen, das Geld in dieses Produkt reinzuweisen und nicht wieder Sonderprogramme und Freigabe durch irgendwelche Antragsverfahren, dann wäre uns viel geholfen. – [Allgemeiner Beifall]

Vorsitzender Oliver Friederici: Recht herzlichen Dank dafür! – Zum weiteren Verfahren: Die Abgeordneten werden jetzt in eine Fragerunde eintreten, und dann haben Sie Gelegenheit, im Korsett dieser fünf Minuten auf die Fragen der Abgeordneten zu antworten. Für Herrn Schruoffenegger noch den Hinweis, dass wir ein Wortprotokoll haben. Das konnte er jetzt nicht wissen. – Herr Freymark für die CDU-Fraktion, bitte sehr!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich glaube, das war sehr eindringlich, klar, sehr ehrlich und sehr hilfreich, also vielen Dank an Sie beide, dass Sie das so offen auf den Punkt gebracht haben. Ich muss auch zugeben, es erschreckt mich noch mehr, als ich es erwartet hätte. Ich bin aber insofern an einer Stelle positiv gestimmt, ich glaube, niemand im Raum inklusive der Zuschauerbank freut sich über diesen Zustand, sondern alle sind wahrscheinlich bereit, daran zu arbeiten, das zu ändern, bis hin zur Senatsverwaltung und der Spitze. Ich habe also keine Vermutung, dass hier jemand versucht, das zu hintergehen oder Bäume infrage zu stellen. Trotzdem sind wir in dem Dilemma, das Sie hier dargestellt haben. Die Kollegen Platta hatte vor einem guten Jahr eine schriftliche Anfrage eingebracht und nach den Bäumen in Berlin gefragt. Immer wenn man nach Bäumen in Berlin fragt, kriegt man nicht die Antwort, die Herr Hönig bereit ist zu ge-

ben, nämlich mal zu unterscheiden, sondern man hört nur etwas von den Straßenbäumen. Das einzige Thema, wo wir als Land Berlin hier im Abgeordnetenhaus glauben, etwas Kontrolle, etwas Initiative zeigen zu können, ist bei den Straßenbäumen. Das ist – haben wir gehört – deutlich zu wenig. Wir haben die Privatflächen, die bei zwei Mitarbeitern und roundabout 26 000 Straßenbäumen – die haben sich schon darum zu kümmern – offensichtlich fast sich selbst überlassen sind, zumal es gesetzlich nicht verordnet oder notwendig ist. Das ist natürlich eine Katastrophe und muss als solche auch betitelt werden.

In den Bezirken selbst – und Herr Schruoffeneger kommt aus einem Bezirk, in dem er in einer Zählgemeinschaft sitzt, wo er also möglicherweise ab und zu mal noch sagen kann, hier müssen wir eine Priorität setzen, trotzdem sagen Sie hier in aller Klarheit: Das ist ein so großes Problem, dass jedes Sonderprogramm, jedes Bonusprogramm, jede Baumpatenschaft mir gar nicht hilft, sondern ein Problem ist. Ich kann es bestätigen, in Treptow-Köpenick habe ich versucht, eine Baumpatenschaft zu übernehmen, da wurde gesagt: Herzlich willkommen im Jahr 2020, das dürfen sie im Jahr 2020, das ist das nächste Mal, dass wir so was vielleicht auf den Weg bringen. – Das habe ich 2018 gefragt. Also scheinen auch die Wirkungen, die wir eigentlich erzielen wollen, nicht immer erreicht zu sein.

Hinzu kommt der Klimawandel, den wir, glaube ich, noch gar nicht messbar gemacht haben im Sinne von: Was heißt das für unsere Bäume? Welche Notwendigkeiten sind da? – Sie haben es ausgeführt, nämlich die Stärkung der Grünflächenämter, das Thema der Umweltgerechtigkeit. Wer sich die Zahlen nach Bezirken anschaut, Neukölln, Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, katastrophale Werte, und das spüren die Menschen vor Ort und das spüren wir beim Umweltgerechtigkeitsatlas und das spüren wir auch bei den Werten. Demnach ist das etwas, das, glaube ich, in der Zustandsbeschreibung uns alle miteinander zusammenbringt.

Jetzt mal zu der Conclusio und den verbundenen Fragen: Patenschaftsprogramm ist ja eine nette Sache, wenn man 500 Euro dazugibt, das könnte eine Idee sein oder ist auch eine Forderung, dass wir die Patenschaftsprogramme ausweiten auf die Menschen, die bereit sind, sich um den Baum vor der Haustür zu kümmern, mal zu gießen, mal ein bisschen vielleicht vor Ort zu schauen, ob es dem Baum gutgeht, und das dann entsprechend an die Stellen weiterzuleiten, ohne dass man vorher 500 Euro bezahlt hat, sondern Patenschaftsprogramme einfach aus der Idee heraus, sich verantwortlich zu zeigen.

Dann die Frage: Wie können wir Bäume eigentlich dokumentieren? – Frau Platta hat, glaube ich, zur Fragestellung 2 bis 5 immer nur gehört: wird keine Zahl erhoben, wird keine Statistik geführt, kann leider nicht bestätigt oder dementiert werden. – Drei Bezirke haben zumindest irgendwann festgehalten, wo es vielleicht eine Fällung gab. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Ich glaube, da kommt der nächste Punkt, ich will gar nicht zu schnell vorgreifen: Wir hier im Abgeordnetenhaus, gerne mit allen sechs Fraktionen, müssten uns im Vorfeld der Haushaltsberatungen eigentlich darüber einig sein, dass wir einen gemeinsamen Antrag brauchen, wo wir die Punkte, die wir heute gehört haben, die wir jetzt noch diskutieren werden, bei denen ich keinen Zweifel habe, dass sie stimmen, dass wir diese Punkte zusammenführen und eine gemeinsame Initiative auf den Weg bringen, um die Senatsverwaltung in ihrer Arbeit deutlich zu stärken und ganz besonders die Bezirke, denn die sind ja nun offensichtlich hilflos und überfordert und können ja keinerlei Aufgaben tatsächlich erfüllen, die hier vorgesehen wären.

Deswegen auch meine Frage an die Anzuhörenden: Ist es der Weg zu sagen, wir müssen dann bei den Grünflächenämtern deutlich aufstocken? Ist es ein Weg, mit lokalen Patenschaften von Menschen zu arbeiten, ohne dass sie eine Baumpatenschaft für 500 Euro erkauft haben? Das sind so die Sachen, die mich interessieren. – Frau Senatorin! Kann es ein Weg sein, die Bezirke dabei zu stärken, ein wirkliches Baumcontrolling durchführen zu können, damit schriftliche Anfragen nicht mehr beantwortet werden wie in der Vergangenheit, sondern in Zukunft eine andere Beantwortung stattfindet? – Also klarer Appell der CDU-Fraktion: Wir müssen mehr tun, wir sind bereit, mehr zu tun, und das am liebsten mit allen Fraktionen gemeinsam!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Als Nächster in der Redereihenfolge Herr Kugler von der SPD-Fraktion, bitte sehr!

Andreas Kugler (SPD): Ja, vielen Dank! – Ich bin überrascht. Dass Sie selber, Herr Freymark, für die Bäume eintreten, das weiß ich, haben wir doch lange zusammen ausprobiert, bei Ihrer Fraktion war es in den fünf Jahren, wo wir gemeinsam regiert haben, nicht ganz so einfach, wir könnten woanders stehen, aber das vergessen wir hin und wieder mal ganz gerne.

Ich will noch ein paar Fragen stellen, weil Sie tatsächlich unsere Punkte angesprochen haben, die auch im praktischen Leben, wenn man sich damit beschäftigt, immer wieder auftauchen, wo ich auch Probleme sehe, also beispielsweise Privatbäume, wenn wir sie mal so nennen wollen, denn da gibt es ganz viele Dinge, wenn man sich das anguckt, dass eben Menschen bei Bauarbeiten bevorzugt mit einem Bagger dagegen fahren, damit sie dann sagen können, jetzt ist der Baum krank, jetzt muss er weg. Es ist so, dass ich als derjenige, der den Baum nicht mehr haben möchte, einen Gutachter finden muss, der den Baum anschließend wegnimmt, und das ist meistens die Firma, die auch den Fällauftrag bekommt, sodass ich schon mal so ein bisschen Schwierigkeiten habe, Objektivität zu erkennen. Ich weiß nicht, ob Sie das teilen oder mich da schwer einbremsen. Ich glaube, dass es ein paar Veränderungen bei der Baumschutzverordnung geben sollte, und wäre tatsächlich dankbar, wenn Sie vielleicht noch zwei, drei Vorschläge, die sie hoffentlich haben, machen würden, außer den beiden, die Sie ja dankenswerterweise schon genannt haben.

Darüber hinaus noch die Frage: Die Bepflanzung von Baumscheiben ist jetzt gerade auch pressemäßig ein bisschen Thema gewesen, gibt es ja schon länger, es gibt jetzt Bezirke, die da rigoros abgeräumt haben. Als jemand, der auch schon mal Baumscheiben mit gepflegt hat und natürlich weiß, dass die Bepflanzung von Baumscheiben schön aussehen, aber den Baum nicht schädigen soll – – Und Sie haben zu Recht angesprochen, dass die Baumscheiben viel zu klein sind und deswegen die meisten Bäume von vornherein wenig Chancen haben, sich so richtig zu entwickeln. Wie schätzen Sie das ein? Sind die meisten Baumscheibenbepflanzungen – viele sind ja gar nicht genehmigt – ein ernstes Problem für die Bäume? Haben Sie eine Idee, wie man das mit der Stadtgesellschaft diskutieren kann? In Wien haben die ein ganz tolles Programm, wo die Leute eben Pflanzflächen zugewiesen bekommen, Wettbewerbe gemacht werden usw. Man kann eine Menge machen, es sollte bloß nicht zu Schäden führen. Vielleicht haben Sie da auch noch einen nutzbaren Vorschlag für uns.

Letzte Frage: Etwas schwierig vielleicht, aber haben Sie Ideen, wie man eine Erfassung der Bäume auf Privatgelände durchführen kann? Die Schwierigkeit ist: Das ist ja eine Riesenaufgabe. Sie haben zu Recht dargestellt, die Verwaltung hat nicht so richtig viel Luft für solche

Dinge. Aber bevor man solche Maßnahmen macht, müsste man ja vielleicht erst mal wissen, wovon man ausgeht, und vielleicht sind sogar Bäume illegal weggenommen worden, wenn man jetzt nicht gerade Hinweise von Nachbarn bekommt. Vielleicht haben Sie ja da Vorschläge, wie man das machen kann oder was die Naturschutzverbände, vielleicht nicht nur der BUND, falls Sie das wissen, mit ihren Kapazitäten möglich machen könnten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Als Nächster in der Redereihenfolge Herr Dr. Altug für Bündnis 90/Die Grünen, bitte sehr!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Wir arbeiten, Herr Freymark, seit Langem an dem Thema. Sie wissen ja, dass wir uns als Opposition in der letzten Legislaturperiode immer wieder mit dem Thema beschäftigt haben und auch im Rahmen der Haushaltsberatungen 100 000 Euro beantragt haben, das wurde dann abgelehnt, aber man vergisst ja schnell bestimmte Sachen. – Es ist nicht so, dass wir keine Ideen hätten. Wir haben Ideen, das Baumbudget wollen wir von 47 auf 80 Euro pro Baum erhöhen, weil, wie es gesagt wurde, die Bezirke gestärkt werden müssen, um diese Aufgabe zu erfüllen. Ich denke, dass wir auch die Möglichkeiten der Digitalisierung und Vernetzung für den Baumschutz einsetzen sollten. Dafür gibt es auch Ideen. Ich wünschte mir eine Art Taskforce Stadtbäume in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Es ist nicht so, dass nur die Bezirke personell bzw. finanziell schlecht ausgestattet sind, das gilt auch für die Senatsverwaltung aufgrund der Sparmaßnahmen in den letzten zwei, drei Dekaden.

Wie vorhin kurz erwähnt wurde, ist die Bürgerbeteiligung ein sehr wichtiges Thema. Wenn die Menschen nicht wissen, warum, weshalb, wieso ein Baum gefällt wird – es gibt in manchen Bezirken diese Fälllisten, aber sie sind, finde ich, nicht ausreichend, zumal der Informationsbedarf bzw. Informationsfluss besser organisiert werden muss, aber das scheitert immer wieder daran, dass die Bezirke schlecht ausgestattet sind.

Was ich von Ihnen, Herr Hönig, gerne wissen möchte: Sie haben ja vorhin kurz die Baumschutzverordnung angesprochen, mein Kollege hat danach gefragt: Haben Sie schon Vorschläge? Haben Sie die auch mit der Verwaltung kommuniziert? Wie sehen Sie das Zeitfenster? Bis wann sollte das stattfinden? Und wie bewerten Sie das, wenn ein Bauherr/eine Bauherrin baut, muss er/sie entweder Ersatzpflanzungen machen oder Geld zahlen, und in den meisten Fällen wird Geld bezahlt, aber keine Ersatzpflanzung realisiert? – Danke schön!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Jetzt hat für die Fraktion Die Linke Herr Dr. Efler das Wort, anschließend Frau Platta. – Bitte!

Dr. Michael Efler (LINKE): Ja, vielen Dank auch von meiner Seite für die interessanten Ausführungen! – Wir haben ja einiges über Straßenbäume gehört, ich würde aber noch mal zum Thema Waldbäume kommen und nachfragen, wie dort eigentlich so die Entwicklung einzuschätzen ist. Es ist schon klar, dass es da keine punktgenaue Zählung gibt. Das würde ich auch gar nicht erwarten, aber vielleicht kann man so eine Entwicklungsrichtung ablesen. Ich erinnere mich daran, dass ich im letzten oder vorletzten Jahr beim Langen Tag der Stadtnatur mal wieder durch den Grunewald marschiert bin und mir da auch gesagt worden ist, dass es immer schwieriger wird, dass es immer größere Trockenheit gibt, sodass wir immer größere Probleme haben, da einen vernünftigen Baumbestand zu haben, der auch an den Klimawandel angepasst ist. Vielleicht können Sie beide dazu Ausführungen machen.

Dann an Herrn Hönig: Sturmmanagement haben Sie angesprochen. Können Sie noch kurz ausführen, was sich genau dahinter verbirgt? – An Herrn Schruoffeneger: Sie haben ja auch das Thema der mangelnden Beteiligung von Grünflächen- und Umweltämtern angesprochen. An welcher Schraubstelle müsste man da drehen, um das quasi wieder zurückzudrehen in Richtung Beteiligung dieser Ämter bei Baumfällungen und anderen Maßnahmen?

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Nun kommen wir zu Ihrer Kollegin Frau Platta. – Bitte sehr!

Marion Platta (LINKE): Vielen Dank! – Einige Fragen sind ja schon gestellt worden. Mich interessiert im Einzelnen auch, welche Vorschriften wir im Land Berlin verändern müssten, um eben doch dahin zu kommen, dass sowohl die Klimaveränderungen mitgetragen werden, aber eben auch die verdichtete Stadt Berücksichtigung findet. Es gibt eine Verwaltungsvorschrift über die Kontrolle der Verkehrssicherheit von Bäumen auf öffentlichen Flächen. Ich könnte mir vorstellen, dass man die durchaus noch für die Pflege ergänzt, damit eben auch diese Aspekte der Langfristigkeit des Baumbestandes berücksichtigt werden, unabhängig davon, ob er nur für die Verkehrssicherheit oder auch für die Klassifizierung der Standorte überwacht bzw. betrachtet wird.

Es gibt in den Bezirken einen Baumkataster, also jeder einzelne Bezirk hat einen Kataster für die Bäume, der nicht identisch ist mit dem Kataster, den wir im Internet zum Baumbestand verfügbar haben. Mich würde interessieren, welche zusätzlichen Punkte in den bezirklichen Unterlagen zu finden sind, die uns vielleicht dahin führen würden, dass eben auch Feststellungen zur optimalen Pflege der einzelnen Bäume enthalten sind. Also was mir immer so vorschwebt, ist ja, dass man auch mal mehr Kenntnisse darüber erlangt, wie die Bodenbeschaffenheit ist, wie hoch der Verdichtungsgrad ist, was für eine Umgebung bei den Bäumen noch ausschlaggebend für die Entwicklung ist. Vorhin ist es in der Darstellung schon mal kurz angesprochen worden, dass auch die Dichte von Häusern die Photosynthese beeinflusst usw. usf., dass man im Prinzip auch Grundlagen hat, aus diesem Kataster heraus, um die optimale Pflege gewährleisten zu können. Das ist also auch da noch mal eine Frage.

In der Koalitionsvereinbarung haben wir noch den schönen Satz: „Insbesondere in den eng bebauten Innenstadtbezirken unterstützt die Koalition die Begrünung von Innenhöfen, Fassaden, Baumscheiben sowie Kita- und Schulgärten.“ – Klar ist, das ist eine wichtige Aufgabe, da voranzukommen, aber mich würde interessieren, welche Instrumente in den Bezirken dazu schon vorhanden sind. Also gibt es Patenschaften für Baumscheibenbegrünung oder irgendwelche besonderen Programme, die die Bezirke schon selber für Schulgärten, Kitas u. Ä. aufgelegt haben? – Als Letztes interessiert mich das Totholz. Wenn wir immer wieder sagen, es muss weg, dann verstoßen wir ja eigentlich gegen grundsätzliche Anliegen der Biodiversität, denn wenn ich das Totholz wegnehme, dann habe ich einen Lebensraum für gewisse andere Tierchen und auch Pilze usw. zerstört. Also ist die Frage in der Richtung auch noch mal, bitte gerne an beide gerichtet: Wie wird der Grad bestimmt, dass man auf Totholz verzichten kann, oder wie wird bestimmt, dass wir an diesen und jenen Stellen eben gerade doch nicht Totholz beseitigen, sondern für die Biodiversität darauf bestehen, dass es bleibt? – Danke!

Vorsitzender Oliver Friederici: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete! – Bevor wir weitermachen, an die beiden Sachkundigen der Hinweis: Verständigen Sie sich doch bitte, wer nachher

zuerst antwortet! Das muss ich ja nicht festlegen. – Als Nächster in der Redereihenfolge Herr Kössler für Bündnis 90/Die Grünen, bitte sehr!

Georg Kössler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die beiden Anzuhörenden, dass Sie hier sind und relativ deutlich gemacht haben, wo das Problem liegt! – Es wurde die Datengrundlage angesprochen. Ich würde zumindest halbwegs richtigstellen: Daten sind kein Selbstzweck, und die Erhebung und die Abfrage von Daten ist schön für Kleine Anfragen, aber kann auch mehr Arbeit machen als Sinn. Mich würde deshalb von den Anzuhörenden interessieren: Was macht Sinn? Ich meine, wir haben verdammt viele Bäume und jeder Baum ist ein Einzelfall, das weiß jeder, der schon mal bei einem gefälltten Baum einer Anfrage von Bürgern nachgegangen ist. Was macht Sinn, wie viel da ins Detail zu gehen? Welches Geld wäre dann nötig, um das richtig zu machen? Nur dass wir hier eine richtige Vorstellung kriegen, was dahinter steht, wenn wir hier so schöne Fragen stellen.

Ich finde den Hilferuf aus Charlottenburg-Wilmersdorf wirklich augenöffnend. Wenn man sich anguckt, wie viele geschädigte Bäume wir in der Stadt haben, Kastanien, Ahorn, da gibt es mehr geschädigte als gesunde, da macht es Sinn, sich darum zu kümmern und da die Mittel richtig einzusetzen. Offensichtlich ist das Problem ja tiefer gehend, die gesamte KLR und Bezirksfinanzierung in dieser Stadt ist eine Katastrophe. Da muss man ran. Das aber nur als Fachpolitiker mal so in den Raum gestellt! Wir müssen die Straßen- und Grünflächenämter besser ausstatten. Mich würde beim Produkt Baum interessieren, welche Mittel nötig wären – wir haben in den letzten Jahren ja auch eine Inflation –, ob man da mal eine Hausnummer haben könnte. Mit Blick auf den nächsten Doppelhaushalt würde ich mich freuen, das wurde ja schon vom Kollegen Freymark gesagt, wenn wir hier zusammen als Umweltausschuss, als Umweltpolitiker/-innen gemeinsam Initiative zeigen, sei es eine Resolution oder dass wir draußen zusammen einen Baum pflanzen, das machen wir Grünen ja ab und zu, wir können auch alle zusammen einen Baum pflanzen und eine Presseaktion machen. Denken Sie sich was aus! Herr Vorsitzender! Uns haben Sie an ihrer Seite. Ich fände es ein schönes Signal.

Eine inhaltliche Frage noch: Die meisten Anfragen, die ich in meinem Wahlkreis oder in ganz Neukölln kriege, fast alle, betreffen Baumfällungen. Die Leute fühlen sich nicht richtig – – Es ist ein Riesendrama. Manchmal kann man es relativ schnell klären, manchmal muss man im Bezirksamt mithelfen, Informationen zu bekommen, und die armen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bezirksamt sind dann wahrscheinlich auch völlig zu Recht schon von mir genervt. Gibt es da Best-Practice-Beispiele? Es gibt in manchen Bezirken Fälllisten. Ich denke mir immer, Mensch, Leute, geht zwei Wochen vorher hin und hängt einen Zettel ran, auf dem steht: Dieser Baum wird gefällt, weil er krank ist. – Mir ist klar, dass das Personal wahrscheinlich nicht da ist. Aber was ist da realistisch, und was brauchen Sie von uns, vom Haushaltsgesetzgeber auf Landesebene, um da zumindest ein bisschen näher dem zu kommen, was eigentlich nötig ist? Denn der Informationsbedarf der Bevölkerung, die überall im Internet sofort alle Informationen hat, steigt ja auch. Die meinen, sie müssten das auch sofort wissen, und dem müssen wir nachkommen.

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! Der Vorsitzende ist hier nur der Moderator, er macht alles, wozu er durch die Mehrheit aufgefordert wird. – Wir kommen in der Redereihenfolge zu Herrn Schmidt für die FDP-Fraktion. – Bitte sehr!

Henner Schmidt (FDP): Danke, Herr Vorsitzender! – Es ist ja schon für uns alle erschreckend, dass die Straßenbäume seit vielen Jahren immer weniger werden und die bisherigen Maßnahmen offensichtlich nicht gegengehalten haben. Deshalb wird das mit den Haushaltsberatungen sicherlich ganz spannend, wenn Herr Kössler vorschlägt, sich zusammenzutun. Es gab ja auch schon mal Haushaltsberatungen, wo einzelne Ausschüsse Anträge eingebracht haben, um zusätzliche Mittel bereitzustellen. Das wäre sicherlich mal eine ganz interessante Geschichte, auch in diesem Falle.

Bei den Neupflanzungen und den Fällungen haben wir noch eine zusätzliche, verstärkte Situation durch das Bauen. Herr Schruoffeneger, Sie haben es gesagt. Wir haben auch Beispiele von Radwegen, für die Bäume fallen müssen. Wir wollen zwar Radwege bauen, aber natürlich hat das dann manchmal solche Konsequenzen. Es müssten doch eigentlich dann für solche Fälle noch mal zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, ich nehme aber an, dass die Bäume, die dann gefällt werden und nachgepflanzt werden müssten, nicht im normalen Budget sind und es dafür nichts extra gibt, oder ist das irgendwie anders? Wichtig fand ich, Herr Schruoffeneger, noch mal sehr stark auf das Thema Pflege zu gehen, dass wir eben nicht nur über Baumfällungen reden, sondern auch darüber, wie wir die vernünftig pflegen können, damit sie länger leben. Bei der letzten Aufnahme des Zustandes waren 50 Prozent der Bäume geschädigt, das heißt, wir haben relativ hohe Gefahren, dass noch viele von denen absterben. Wir haben zusätzliche Schädigungen durch die Dürre und zusätzliche Belastungen durch den Klimawandel. Solche Maßnahmen, wie Herr Hönig sie vorgeschlagen hat, mit Düngen und Wässern im Frühjahr, ich nehme an, das wird derzeit nicht gemacht, weil das Geld nicht da ist, was wäre denn das für ein Aufwand, wo wir wieder über das Geld reden, wenn wir sagen würden, wir wollen eine solche Pflege, die die Lebensdauer der Bäume verlängert, in welche Größenordnung kämen wir denn dann, wo wir Ihnen sozusagen Geld bereitstellen müssten?

Bei den Neupflanzungen, das meiste, was ich fragen wollte, ist schon gefragt, aber wie wirkt sich da der Klimawandel aus? Gerade durch die zusätzliche Dürre nehme ich an, dass man auch in der Zusammensetzung der Baumarten etwas ändern muss. Gibt es da schon Ideen, wie man darauf eingeht, dass man das besser abfangen kann, auch die Frage, wie die Bäume insgesamt gepflanzt werden, wie viel Platz drum herum ist usw., gibt es da noch mal Ideen, sich zu überlegen, wie man die Bäume von vornherein so pflanzt, dass sie auch eine bessere Chance haben, das zu überleben?

Dann noch zum Monitoring: So wie man es ganz früher gemacht hat, dass jemand gekommen ist und die privaten Bäume in den Gärten abgemalt und geguckt hat, ob die noch da sind, so wird es sicherlich nicht mehr gehen. Da fanden alle, dass das eine übertriebene Bürokratie ist. Aber zur Verstärkung der Frage von Herrn Kössler: Wie kann denn so ein Monitoring aussehen, und welche Möglichkeiten gibt es, mit den Daten, die man hat, überhaupt bessere Zahlen zu kriegen, als nur die, die wir zurzeit haben? Nämlich was ich habe, ist Baumbestand in den Straßen und Fällungen und Neupflanzungen, dann habe ich noch diese regelmäßigen Schadensberichte, und ich glaube, dann hört es auch auf. Also welche anderen Daten müsste man eigentlich haben, damit man da politisch besser steuern kann? – Danke!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – In der Redereihenfolge jetzt Herr Buchholz für die SPD-Fraktion. – Bitte sehr!

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es sind schon viele kluge Fragen gestellt worden, deswegen kann ich mich ein bisschen kürzer fassen. Ich glaube, die Notwendigkeit wird in allen Fraktionen gesehen, nicht nur angesichts des Klimawandels und Wetterphänomenen, die wir auch in Berlin alle erleben müssen, sondern dass wir auch substantiell etwas tun müssen, was die finanzielle und technische Ausstattung der Grünflächenämter angeht. Da meine erste Frage an Herrn Schruoffeneger als Stadtrat: Sehen Sie denn die Möglichkeit, dass Bezirke praktisch auch aus eigener Kraft im Sinne ihrer Globalsummenentscheidung etwas verschieben können? Denn ich höre auch unterschiedliche Dinge aus den verschiedenen Bezirken. Oder sagen Sie, es ist alles durch die Kosten- und Leistungsrechnung vorgegeben, und da gibt es keine Einflussmöglichkeiten? Vielleicht können Sie darauf noch kurz eingehen.

Dann will ich noch mal kurz zu dem Stichwort Baumfällungen kommen. Es ist ja ganz am Anfang, in der Einführung schon mal das Stichwort Urania erwähnt worden. Das ist ja nicht der einzige Punkt, wo wir sehen, dass vielleicht doch in Berlin inzwischen an einigen Stellen zu schnell Bäume gefällt werden. Da gibt es im Prinzip zwei zu beobachtende Phänomene, das eine, wenn es darum geht, Radwege anzulegen, das muss man auch mal aussprechen, so ehrenwert und richtig es ist, für neue Radschnellverbindungen entsprechende Wege zu schaffen, damit man sie auch vernünftig benutzen kann, frage ich mich, das sieht man dann, wenn man mal am Spreeufer langläuft oder woanders, warum teilweise ganze Baumreihen plötzlich wegkommen, obwohl man den Radweg einfach um drei oder fünf Meter nach rechts hätte verschieben können, und schon hätte man die ganze Baumreihe stehen lassen können, wenn es eben nicht an der Straße ist, sondern zum Beispiel an einem Uferweg. Wie wird das abgewogen durch die Bezirke? Wie beurteilen Sie das, Herr Hönig, aus Sicht des BUND, was die Qualität und auch, ich sage mal, die Abwägung durch die örtlichen oder überregional zuständigen Behörden angeht?

Wir könnten jetzt lange über Tempelhof-Schöneberg und die acht Bäume dort reden, ob die, weiß ich nicht, als Liebesbeweis für die deutsch-französische Freundschaft gefällt werden müssen. Ich persönlich sehe das sehr kritisch. Es hat einen jahrelangen Vorlauf, das wissen wir. Wenn man jetzt mal genau hinschaut in diesem Bezirk, sieht man, dass die Stadträtin an anderen Stellen nicht so zimperlich ist, wenn es um das Abholzen von Bäumen geht, wenn es um Freischnitte in Parkanlagen oder sonst irgendwo geht. Das wäre also ein eigenes Kapitel für sich.

Frage an Herrn Hönig noch mal: Die bestehende Baumschutzverordnung haben Sie ja zur Revision vorgeschlagen, eine Verschärfung. Das ist ja jetzt auch, ich glaube, über ein Jahrzehnt her, dass hier, sagen wir mal, verkürzt wurde, verschlankt wurde. Damals hieß es immer, es gibt das große Kettensägenmassaker, insbesondere in den Außenbezirken, wenn die Leute auf ihren privaten Flächen dann die Bäume alle abholzen. Hat es das aus Ihrer Sicht gegeben, wenn Sie ein Stück zurückschauen, oder hat es das nicht gegeben? Dazu gibt es immer verschiedene Äußerungen.

Abschließend von mir zum Stichwort Stadtbaumkampagne meine Frage an den Senat: Ist denn die Fortführung auch von der Senatsseite vorgesehen? Wir haben jetzt Herrn Schruoffeneger gehört, der sagt, sein Bezirk muss zumindest mal zeitweise aussetzen, wir hoffen ja, dass er wieder auf den Pfad der Tugend zurückkehrt, wenn die Kapazitäten entsprechend wieder da sind. Ist da auch eine langfristige Fortsetzung durch die Senatsverwaltung vorgesehen?

Ist es auch möglich, Verbesserungen und Unterstützung für die Bezirke vorzusehen? Ich erinnere mich, als wir die vor x Jahren mal gestartet haben, das hat damals noch Stadtentwicklungssenator Müller angesprochen, ich habe übrigens mit ihm zusammen damals meinen Baum im Regen gepflanzt, von daher weiß ich das noch sehr genau, aber er lebt noch, das ist das Gute. – Also ist das eben dauerhaft vorgesehen, gibt es vielleicht einen neuen Modus, dass man sagt, also diese 500 Euro sind, glaube ich, auf der Spenderseite ein guter Betrag, aber wir sehen ja, ursprünglich waren es nur 500, die von der Landesseite dazukamen, inzwischen, glaube ich, mindestens 1 000 bis an die 2 000 insgesamt, dass Sie dazu noch mal Stellung nehmen können, wie Sie da die Zukunft sehen und wie Sie das auch abgesichert sehen? – Das war es von mir. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Jetzt in der Redereihenfolge Herr Scholtysek für die AfD-Fraktion, bitte!

Frank Scholtysek (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Freymark hatte vorhin gesagt, er sei ein wenig enttäuscht von der Qualität der Antworten, die auf Anfragen der Abgeordneten kommen. Er hat sich speziell auf die Anfrage von Frau Platta bezogen. Auch ich habe mehrere Anfragen zum Baumbestand in Berlin an den Senat gestellt, und auch ich möchte ganz klar bemängeln, dass die Antworten überhaupt nicht zufriedenstellend sind, beispielsweise auf eine Anfrage von mir zu Ersatzpflanzungen, ob diese im Verhältnis eins zu eins vorgenommen werden, also wenn ein großer Baum gefällt wird, ob dann auch nur ein neuer Baum, aber ein kleiner als Ersatz dafür gepflanzt wird, bekam ich zur Antwort: Dem Senat sind keine Zahlen zu Ersatzpflanzungen bekannt, er geht davon aus, dass sich die Bezirke um einen Ersatz eins zu eins bemühen. – Das finde ich hochgradig interessant, und da würde ich mir schon wünschen, dass da etwas mehr Kenntnis wäre und mehr Auskunft gegeben werden könnte.

Stichwort Anpflanzungen, da stelle ich mir sowieso die Frage: Wo finden denn diese Neuanpflanzungen überhaupt statt? Wo haben Sie in letzter Zeit stattgefunden? Ist das tatsächlich in Berlin? Aktuell sind auf dem Mittelstreifen der Sonnenallee zwölf wirklich dicke Bäume gefällt worden, die hatten alle 40 bis 50 cm im Durchmesser. Wenn ich mir vorstelle, dass dafür im Maßstab eins zu eins junge neue Spierchen irgendwo gepflanzt werden, dann wäre es ja schön, wenn die auch in Berlin gepflanzt werden und nicht irgendwo auf den Stadtgütern in Brandenburg. Auch darüber kann oder will man offensichtlich keine Auskunft geben, ich weiß es nicht. Dann haben wir in Adlershof – aus Treptow-Köpenick ist jetzt leider niemand da, der Auskunft geben könnte – die absurde Situation, dass ein Kiefernwäldchen von knapp 4 000 m² Fläche gefällt werden soll, weil ein Wohnhaus dort gebaut werden soll. Ursprung des Ganzen ist, dass die Planung dort mittlerweile über 20 Jahre gedauert hat und die Bäume nun 20 Jahre schön groß gewachsen sind und jetzt gefällt werden sollen, dafür, dass dort ein Haus gebaut werden soll. Die Frage dazu ist: Wie kann ausgeschlossen werden, dass so etwas künftig noch passiert? Wie kann man hier diese Prozesse beschleunigen, oder woran liegt das, dass es zu solchen Situationen kommt? – Das ist es im Wesentlichen. – Danke schön!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Nächste in der Redereihenfolge ist Frau Gennburg für die Fraktion Die Linke. – Bitte sehr!

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank! – Wenn wir hier so über den Baumbestand reden, trifft sich das ganz gut, weil ich auch Sprecherin für Stadtentwicklung bin und mich bekannt-

termaßen mit dem Mantra „Bauen, bauen, bauen“ besonders herumärgere. Da möchte ich hier schon noch mal sagen, dass insbesondere die Oppositionsfraktionen sich da echt mal die Karten legen müssen, wenn sie jetzt hier erzählen, oh, die armen Bäume, und dann geht es Ihnen irgendwie immer nicht schnell genug. Wenn es nach Ihnen ginge, würden Sie doch jeden Baum, der irgendwie im Weg steht, abholzen. Insofern finde ich das einfach wirklich bigott, das möchte ich ganz deutlich sagen. Wir kommen mit einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung nur nach vorn, wenn wir auf die Bäume achten, und insofern war das auch sehr gut, dass es hier parteiübergreifend gelungen ist, z. B. viele Kleingärten zu sichern. Auch mit dieser Frage haben wir uns über ein Jahr rumgequält. Also die Frage, wie wir das Stadtgrün in der wachsenden Stadt achten, ist ganz zentral, und die steht und fällt nicht zuletzt mit Ihrem komischen Mantra „Bauen, bauen, bauen“.

Deswegen zu der Frage, wie wir jetzt tatsächlich im Detail vorankommen, um also auch Bäume substanziell zu schützen und das Stadtgrün auszubauen – wir als Linke haben auch an einem Antrag gearbeitet, dass man Wald ausbaut, also dass wir tatsächlich Waldbäume vermehren. Ich möchte noch mal zu zwei konkreten Sachen was fragen: Wie sieht es aus mit der Baumfällsatzung? Ich erinnere mich, in meiner kommunalpolitischen Vergangenheit in Falkensee wurden auch gerne Bäume gefällt, weil da nämlich auf diesen ganzen Grundstücken, die für „Bauen, bauen, bauen“ geteilt wurden, die ganzen Bäume gefällt werden mussten, und da hatten wir damals die Baumfällsatzung einfach verändert und gesagt, der Umfang des Baumes wird einfach so verändert, dass substanziell weniger Bäume gefällt werden können. Das erzeugt dann auch schon genug Gegenwehr, ist aus meiner Sicht aber eine zu überdenkende Maßnahme. Dann die Frage, ob die Strafen für das illegale Baumfällen deutlich erhöht werden könnten, das wäre doch auch eine gute Maßnahme.

Ansonsten ganz konkret zu den Grünflächenämtern: Dass das mit den Grünflächenämtern so drastisch ist, das ist uns hinlänglich bekannt. Dieses Beispiel zeigt noch mal sehr deutlich, wie schlimm es wirklich ist, wahrscheinlich ist es noch viel schlimmer. Ich meine, wir haben gerade genug Geld in Berlin. Ich würde gerne konkret darüber reden, wie viel Geld es braucht und wann es losgehen kann. Dann muss es einfach, aus meiner Sicht, wirklich sofort losgehen, dass man die Grünflächenämter besser mit Personal ausstattet. Da aber die ganz konkrete Frage: Sind denn Fachkräfte vorhanden? Beim Stadtentwicklungs- und Planungsbereich ist es ja so, dass wir gern Leute einstellen würden, auch im Tiefbau, nur da fehlen die Fachleute. Ist es denn bei den Grünflächenämtern ähnlich oder anders? – Also lassen Sie uns hier einen Pakt fürs Stadtgrün schließen!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Frau Abgeordnete! – Jetzt in der Redereihenfolge Danny Freymark für die CDU-Fraktion!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank! – Nur ganz kurz: Ich habe das ja angedeutet, dass ich mich freuen würde, wenn wir eine gemeinsame Initiative auf den Weg bringen würden, gerne auch als Empfehlung des Ausschusses. Ich habe das auch so verstanden, dass – bis auf Frau Gennburgs Beitrag – alle große Lust darauf hätten. Deswegen noch mal offen in die Runde gefragt: Kann das ein Weg sein, den wir gemeinsam gehen?

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Wir machen nur eine Runde, sonst schaffen wir das heute zeitlich nicht. Jetzt antwortet der Senat. – Herr Tidow, bitte sehr!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren! Erst einmal freue ich mich über diese Anhörung und auch, dass das ein Thema ist, wo wir offensichtlich alle ein gemeinsames Anliegen haben. Die Frage Baumbestand in Berlin ist auch für die Senatsumweltverwaltung ein ganz zentrales, wichtiges Thema. Wir sind auch dankbar, dass wir im Hinblick auf die Mittelausstattung Geld für Sonderprogramme, für die Stadtbaumkampagne zur Verfügung haben. Die Stadtbaumkampagne wird selbstverständlich weitergehen. Herr Buchholz hatte danach gefragt. Es stellt sich auch in den Bezirken sehr differenziert dar. Es gibt zum Teil auch große Nachfragen. Es bleibt aber dabei, dass die Stadtbaumkampagne auch vor konkreten Herausforderungen steht. Das eine ist, die Preise werden teurer, zweitens muss man intensiv überlegen, ob die Pflege, die seitens der Hauptverwaltung übernommen wird, nicht ausgedehnt werden sollte. Aber die große Herausforderung – und wir sind ja Gegenstand Ihrer Anfragen, die auch mehrfach angesprochen wurden – ist, dass wir im Rahmen der Stadtbaumkampagne nicht in allen Fällen so hinterherkommen, wie wir gerne würden. Das liegt unter anderem daran, dass es auch für die Bezirke eine große Herausforderung ist, Ersatzstandorte auszuweisen.

Bei allem Engagement von Ihnen und bei allem Engagement von uns, der Dreh und Angelpunkt ist die Ressourcenausstattung der bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter. Und solange sich hieran nichts ändert, kann man darüber diskutieren, ob wir die Baumschutzverordnung ändern, ob wir die Verwaltungsvorschrift im Bereich Pflege erweitern, ob wir einfordern, dass gedüngt wird – Klammer auf: auch hier die Umweltverwaltung zusammen mit dem Pflanzenschutzamt, Herr Hönig hat darauf hingewiesen, wir wissen eigentlich, was zu tun ist. Wir können darüber reden, ob die Grünflächenämter wieder früher in die Bauplanungsprozesse einbezogen werden. Wenn die Situation so bleibt, die Herr Schruoffeneger beschrieben hat, zwei Leute sind zuständig, kann man das alles fordern, es wird nichts ändern. Man kann die Fragen eines Baumkatasters diskutieren und wie wünschenswert der wäre, aber vor Ort sind die Leute im Zielkonflikt, nehmen sie die Bäume auf, dann werden noch weniger Standorte ausgewiesen. Insoweit, glaube ich, muss man sich gemeinsam zuerst darum kümmern, wie wir die bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter wieder so ertüchtigt bekommen, dass all das, was wir gemeinsam wollen, nicht nur frohes Wünschen bleibt, sondern dann auch real umgesetzt werden kann. Das ist aus meiner Sicht der erste Schritt.

Wir haben in den letzten Jahren – ich bin auch dankbar dafür – auch Sonderprogramme aufgelegt. Die nützen was, sie führen aber auch zu genau dem, was Herr Schruoffeneger gesagt hat, dass wir Geld ins System bringen und es die Bezirke zwar ein Stück weit aufgreifen, sich aber in the long Run schlechter stellen. Daher würde ich gerne auch noch mal, bevor gleich die Experten etwas sagen, auch aus Senatssicht die Frage stellen, was den Bezirken wirklich hilft. Eine Überlegung, die Herr Altug schon angesprochen hat, ist, dass man sagt, man müsste im Grunde in das Produkt gehen und die Frage des Baumes, der im Augenblick mit 45 Euro etatisiert ist, faktisch, glaube ich, 60 kostet, nach allem, was wir wissen, auch fachlicherseits, wenn man den Zustand eigentlich verbessern will, was man müsste, 80 bis 85 kosten würde. Das wäre sozusagen ein Mittel, so habe ich es verstanden, um aus der Situation zu kommen, dass sich der Bezirk im Grunde mit jeder Baumanpflanzung strukturell verschlechtert, mit der beschriebenen Konsequenz, die der Bezirksstadtrat Schruoffeneger gezogen hat. Das wäre ein Instrument, aber die Frage, auch aus bezirklicher Sicht, wäre, was andere Instrumente sind. Ich glaube, wir haben gemeinsam kein Interesse daran, dass die Bäume gepflanzt und gepflegt werden, aber dann an anderer Stelle im Grünbereich sozusagen das Geld abgezogen wird,

denn auch da sieht es nach Lage der Dinge so aus, dass wir auch senatsseitig versuchen, Lücken zu stopfen, und kein Interesse daran hätten, die zu vergrößern, indem es nur von der einen Grünpflege in die andere umgeschichtet wird. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke Ihnen für den Senatsbericht! – Herr Hönig! Herr Schruoffeneger! Wer möchte denn jetzt gerne als Erster? – Herr Hönig fängt an, regulär fünf Minuten, großzügig. – Bitte sehr!

Christian Hönig (BUND): Das wird leider sehr großzügig sein müssen. Ich werde versuchen, die Liste hier abzuarbeiten. Ich fange mal gleich mit dem Wald an, das geht nämlich am schnellsten. Es gibt massive Waldumbauprogramme, um die Berliner Wälder klimatauglich zu machen. Wir wollen weg von Monokulturen, hin zu den Mischwäldern. Die laufen gerade. Speziell nach dem letzten Sommer vermute ich mal, dass es den Bäumen nicht allzu gut gehen wird, denn gerade die Eichen waren sehr stark von der Trockenheit betroffen. Das gilt auch für die Eichen in der Stadt. Noch mehr so trockene Sommer und wir kriegen ganz ernste Probleme im Eichenbestand. – Das war der Teil.

Dann will ich noch mal auf die Straßenbäume eingehen. Es gibt die Kontrollrichtlinie für die Straßenbäume. Die ist auch sehr gut. Von einer Baumpflegerichtlinie in ähnlicher Art würde ich abraten. Ich sage immer sehr gerne, Bäume sind sehr langsame Lebewesen, die sind daran gewöhnt, dass sie nicht so schnell von A nach B kommen können, und deswegen passen sie sich sehr gut an den Standort an, an dem sie sind. Da braucht es qualifizierte Mitarbeiter, die für den Baum individuelle Entscheidungen treffen können. Das heißt auch, dass die Wahl der Pflege das Entscheidende ist: Welche Schnitte mache ich zu welchem Zeitpunkt? Das kann man, glaube ich, sehr schlecht in irgendein Rundschreiben o. Ä. fassen. Es braucht da Weiterbildungskapazitäten und überhaupt gute Kapazitäten, die das managen können. Ich bin Förster und habe immer das Leitbild vom Stadtförster in meinem Kopf. Die Mitarbeiter der Gartenämter kennen die Bäume in ihrem Bereich. Gerade bei so langlebigen Lebewesen wie Bäumen ist es total wichtig, da kann ich nämlich sagen, der hat sich so entwickelt, und dann mache ich die Maßnahme und die hat gegriffen oder nicht. Das wird natürlich schwieriger, wenn ich alle drei bis vier Jahre eine andere Firma vorbeischicke, da habe ich den Effekt nicht so.

Ähnliches gilt auch bei der Baumartenzusammensetzung angesichts des Klimawandels. Da gibt es ganz viele Forscher, die ganz tolle Baumartenlisten machen. Weil gerade der Standort Straße so komplex ist, ist es wichtig, dass wir fähige, qualifizierte Mitarbeiter haben, die das entscheiden können. Ich habe vielleicht eine Baumart, die kommt super gut mit einer starken Sonneneinstrahlung zu Recht, und gleichzeitig verträgt sie so eine hohe Windexposition, wie ich sie teilweise in den Straßen habe, nicht. Durch die vielen Faktoren, die ich halt am Standort Straße habe, ist die Baumartenwahl für jede Straße eine einzelne Entscheidung. Was ich mir da wünsche, sind dem entsprechend ausgestattete Gartenämter, damit sie die richtige Entscheidung treffen können und auch in der Lage sind, sich mal Zeit zu nehmen und diese verschiedenen Empfehlungen und Vorschläge, was wir in Zukunft alles pflanzen sollen, einfach zu lesen und kritisch zu prüfen. Dafür haben die meisten gar keine Zeit mehr.

Es hat lange gedauert, bis wir einen Baumkataster hatten. Alle Bezirke nutzen eine einheitliche Katastersoftware. Das Land Berlin ist derzeit noch dabei, die gesamten Straßenbäume und auch die Parkbäume zu erfassen. Das haben wir noch lange nicht abgeschlossen. Das merkt man immer wieder, es gibt Lücken, es ist noch nicht alles erfasst, es ist allerdings auf einem

guten Weg, muss ich dann halt sagen. Wenn man das erst mal bewältigt hat, dann ist das sicherlich noch die Frage, welche Schnittstelle ich für die Öffentlichkeit mache, was ich ihr zur Verfügung stelle. Auch dort sehe ich eine Möglichkeit, dass man die Menschen darüber informieren kann, was eigentlich ansteht. Ich kriege ja immer wieder sehr viele Anrufe: Was ist mit dem Baum los? Wie lange steht er eigentlich schon? Was ist das für eine Baumart? – Das wird derzeit geliefert. Wenn ich allerdings die Krankenakte sehen will, die gibt es für die Öffentlichkeit nicht mehr. Die Gartenämter selber sehen das, soweit das erhoben wurde. Da haben wir natürlich auch ein Defizit aufgrund der Geschichte, denn in den Achtzigern und Neunzigern wusste man gar nicht so viel über Baumpflege, da wurden Schäden noch ganz anders behandelt und aufgenommen. Bei vielen alten Bäumen haben wir eine echte Historie gar nicht mehr. Aber grundlegend sind die Empfehlungen drin. Es ist auch wieder die Frage, wie ich das an die Mitarbeiter und ausführenden Firmen herankomme, damit die dementsprechend überhaupt arbeiten können, denn es ist das eine, diese Information im Kataster zu haben, und das andere, die dann einer Firma, die dort arbeitet, zur Verfügung zu stellen, damit die dann auch Entwicklungsziele setzen kann.

Dieser Baumkataster soll grundsätzlich auch Teil des GRIS, des Grünflächeninformationssystems werden. Alle Arbeiten am Berliner Baumbestand und in den Grünanlagen sollen damit gemanagt werden. Da sind die von Ihnen angesprochenen Informationen sehr wichtig. Ich würde aber ganz dreist behaupten, wir sind in Berlin noch nicht so weit, das aufnehmen und bearbeiten zu können. Aber es muss in diese Richtung gehen, da haben Sie vollkommen recht. Gerade Bodenverdichtung ist ein ganz wesentlicher Faktor für Bäume. Gleichzeitig können wir davon ausgehen, dass so ziemlich alle Baumscheiben da draußen verdichtet sind. Damit müssen wir einfach rechnen. Bei der Bodenverdichtung können die Feinwurzeln weniger arbeiten, die Nährstoff- und Wasserversorgung wird geschwächt, der Baum wird insgesamt sehr stark geschwächt. Das kann man auch immer sehen, wenn es gar nicht abfließt.

Zum Sturmmanagement: Was wir nach Xavier gesehen haben, die Meldekette waren sehr schwierig bis nicht existent. Die Feuerwehr hat geschnitten. Das THW hat ein bisschen geschnitten. Die Gartenämter haben geschnitten. Und niemand weiß eigentlich, wer wo irgendwie geschnitten hat. Die Gartenämter, die nicht so gut aufgestellt waren, was das Personal angeht, das auch in der Lage ist, eine Motorsäge zu bedienen, haben sich nach Fachkräften, die auf dem Privatmarkt verfügbar sind, umgesehen. Es gab, nach allem, was ich gehört habe, auch Bieterwettbewerbe. Hinzu kommt, die Wohnungsbaugesellschaften brauchen auch jemanden, der die Sturmwürfe aufarbeitet. Das war komplett unkoordiniert. Es kam meiner Meinung nach auch zu Verteuerungen und zu Verzögerungen. Die Betroffenen in den Gartenämtern vor Ort wünschen sich einen grundlegenden Ablauf und eine Koordinationsstelle, der Anwohner melden können, was ansteht, die dann auch weiß, wo Polizei und THW schon waren und die Gartenämter hinterher müssen, um teilweise aufzuräumen und Straßen frei zu ziehen. Meldekette und Koordination der Arbeitseinsätze wären mit das Wichtigste, allerdings untersteht die Feuerwehr der Innenverwaltung und nicht SenUVK.

Dann gehe ich mal von den Gartenämtern weg und komme zu den unteren Naturschutzbehörden, die die eigentlichen Hüter der Baumschutzverordnung sind. Ich fange mal mit den Daten über Bäume auf Privatgelände an. Ich halte es für sehr schwierig, unabhängig von den Bäumen, dass wir alle Bäume in Berlin, die auf Privatgelände stehen, in irgendeiner Weise erfassen, erst mal vom personellen Aufwand her, außerdem ist die Frage, inwieweit man die Menschen zu Auskünften zwingen kann, das weiß ich dann auch nicht. Also weder kann es je-

mand aufnehmen noch kann man die Leute dazu bringen, das zu machen. Man müsste es dann auch wieder eintragen. Das ist ein Aufwand, den Berlin nicht leisten kann. Ich weiß auch gar nicht, ob das sinnvoll wäre. Was aber sinnvoll wäre, ist, Statistiken zu führen: So viele Bäume wurden aufgrund privater Fällgenehmigungen gefällt, die kann man dann noch unterteilen, Bauvorhaben, Krankheit o. Ä. Dem kann man gegenüberstellen, wie viele Bäume als Ersatz nachgepflanzt wurden. Es ist so, für einen großen Baum wird dann auch nicht ein Baum hingesetzt, sondern da werden zwei, drei Bäume hingesetzt. Da sind wir aber auch schon bei den Schwierigkeiten, denn wenn ich drei Bäume auf einen engen Fleck zusammenstelle, bleibt irgendwann nur noch ein großer Baum übrig. Das ist dann halt ein Zeitraum von 100 Jahren, aber das ist dann halt so bei den Bäumen. Wir brauchen keine Kompletterfassung der Bäume auf Privatgelände, aber zumindest eine Statistik: Das ist in diesem Jahr beantragt worden, das ist genehmigt worden, das ist dann auch wieder neu gepflanzt worden bzw. dafür wurden Ausgleichsgelder bezahlt. – Das wäre ein großer Schritt nach vorne. Wie gesagt, ich scheue davor zurück, eine Anfrage zu stellen, weil ich genau weiß, dass die Mitarbeiter in den Behörden eh schon völlig überlastet sind, und wenn die dann für mich auch noch Fällgenehmigungen zählen dürfen, dann reden die ein Jahr lang nicht mehr mit mir.

Zur Baumschutzverordnung: Ich habe schon die kleinen Änderungen, die dringend anstehen und nicht wehtun würden, genannt. „Weil ein Baum krank ist“ müsste präzisiert werden. Im Landschaftsprogramm hat man das interessanterweise schon mit diesen Schadstufen präzisiert. Das ist eine kleine Änderung, die nicht viel ausmacht. Dieser Begriff „wenn ein Baum seine ökologische Funktion verloren hat“ sollte ersatzlos gestrichen werden. Das ist Stand Achtzigerjahre, das brauchen wir nicht mehr. Eine kleine Änderung wäre: Der Ginkgo ist derzeit komplett ungeschützt, weil er weder Laub- noch Nadelbaum ist, sondern ein ginkgoartiger. Das sind Mikroänderungen, das ist alles kein Problem. Alles, was man noch weitermachen sollte, da braucht es vorher eine Stärkung der unteren Naturschutzbehörden, denn ich bin überhaupt kein Fan davon, dass man – – Oder eines der schlimmsten Dinge, die man dem Naturschutz antun kann, ist, Vorschriften zu erlassen, die kein Mensch kontrollieren kann, denn das ist dann sozusagen: Ja, es gibt eine Baumschutzverordnung, aber es kann niemand überwachen, und deswegen kloppe ich den um. Und wenn man merkt, dass das Ganze folgenlos bleibt, dann interessiert die ganze Vorschrift nicht mehr. Wenn man den Schutzbereich der Baumschutzverordnung substanzieller ausweiten würde, entweder dass man den Durchmesser verändert oder vielleicht – derzeit sind alle Nadelbäume außer der Waldkiefer ausgenommen – wieder ein paar Nadelbäume reinpackt, dann müssen vorher die Naturschutzbehörden so aufgestellt sein, dass sie das auch überwachen können, denn sonst ist das absolut Käse.

Was allerdings ganz dringend wäre – das kann man auch ohne Änderung der Baumschutzverordnung machen –: Es gibt da ein paar unbestimmte Begriffe, die sehr problematisch sind. Wenn ich einen Antrag stelle, ist der Antrag derzeit zu genehmigen, wenn die Nutzung eines Grundstücks unzulässig eingeschränkt wird. Das ist meistens das, was bei Bauvorhaben steht. Es gibt nirgends eine Ausarbeitung, was eine unzulässige Einschränkung ist, ab wie viel, ab welcher Größe ein Baum bleiben darf oder nicht, wie weit ich meine Grundstücksfläche ausnutzen darf, wie weit ich das in den Wurzelbereich des Baumes reinpacken darf. In den Diskussionen der Naturschutzbehörden mit den Stadtentwicklungsämtern haben die Naturschutzbehörden, selbst wenn sie sagen, wir haben hier einen wunderschönen Baum, den wir gerne erhalten würden, schiebt hier mal die paar Zentimeter – Herr Schruoffeneger hat das vorhin erwähnt –, keine Argumentationsmöglichkeiten, sie stehen komplett mit leeren Händen da. Wenn man das definieren würde, was eine unzulässige Einschränkung des Grundstücks wäre,

welche Bäume wir auf Baugrundstücken erhalten wollen und welche nicht, wäre das schon ein großer Schritt nach vorne. Das geht, ohne die Baumschutzverordnung zu ändern.

Ein ähnliches Problem haben wir auch mit den kranken Bäumen, „krank“ ist sowieso ein schwieriger Begriff, da steht dann: Wenn der Erhalt des Baumes nicht mehr zumutbar ist. – Was ist zumutbar? Das weiß kein Mensch. Ich glaube, ich kann es sagen, wir führen derzeit mit einem Bezirksamt ein Verfahren, wo wir Widerspruch gegen eine Fällgenehmigung eingelegt haben, weil nirgends dargelegt wurde, mit welchen Maßnahmen dieser Baum erhalten werden kann und ob das zumutbar ist oder nicht. Es ist komplett unbestimmt. Da würde den Naturschutzbehörden eine Definition sehr helfen.

Zu den Strafen: Man bewegt sich eben im OWi-Bereich. Die Ämter können das sozusagen nach eigenem Ermessen machen. Wirklich starke Strafen gibt es erst in dem Moment, wo das Ganze wiederholt und gewerbsmäßig stattfindet. Dafür sind die dann eh recht hoch.

Zum Punkt Baustelle mit den Gutachten und Fällungen – das stimmt so nach meiner Erfahrung nicht immer. Es gibt diese Fälle auf jeden Fall, aber im Zweifelsfall brauchte ich noch nicht mal einen Gutachter, da brauche ich einen Kasten Bier für den Baggerfahrer. Was man da braucht, sind Naturschutzbehörden, die in der Lage sind, im Vorfeld hinzufahren, sich das anzuschauen und aufzuerlegen, die geltenden Schutzvorschriften anzuwenden – man zäunt mehr oder weniger den Wurzelbereich des Baumes ab –, und das zu kontrollieren. Dann wird es auch sehr schwer zu erklären, warum der Baggerfahrer erst durch einen Zaun und dann vor den Stamm geknallt ist. Das ist das, was da eigentlich viel wichtiger wäre.

Vorsitzender Oliver Friederici: Darf ich um – –

Christian Hönig (BUND): Ich mache es wirklich – – Ich bin bald durch.

Vorsitzender Oliver Friederici: Ja, gut!

Christian Hönig (BUND): Dann zu Baumscheiben und Fassadengrün: Die Pflege von Baumscheiben ist vergleichsweise schwierig. Wir erleben immer wieder bei Berliner Initiativen, man startet voller Begeisterung, fängt an, so eine Baumscheibe zu bepflanzen, und nach zwei, drei Jahren kommt irgendein anderes Hobby dazwischen. Die Baumscheibenbepflanzung funktioniert, wenn man sie ans Gastrogewerbe gibt – die nutzen das gerne als Aushängeschild für ihr Geschäft, für ihr Restaurant – oder natürlich Kitas, Schulen, Quartiermanagement etc. dranhängt. Da braucht es eine Stärkung. Was da wichtig wäre, das könnte man auch beim Urban-Gardening-Beauftragten anhängen, wäre, dass man da berät, die Leute regelmäßig besucht, fragt, wo es hakt, damit man eine Übersicht hat und die Menschen bei diesen Pflanzungen unterstützt, sei dies im Event-Management oder in Wettbewerben. Wir haben das früher auch gemacht. So ein Baumscheibenwettbewerb ist vergleichsweise arbeitsaufwändig. Die schüttelt man nicht mal so eben aus der Hand. Ähnliches gilt natürlich auch für das Fassadengrün.

Zu guter Letzt zu den Fälllisten und Best Practice: Fälllisten halte ich für ein schwieriges Ding, denn meistens stehen da die Bäume drin, die sowieso ziemlich eindeutig sind, wo man weiß, die sind abgängig. Die meisten strittigen Fällungen sind die, die einem ad hoc vorge-setzt werden. Da ist am ehesten die kritische Masse drin. Diese Fälllisten werden einmal im Jahr rausgehauen. Ich bekomme dann regelmäßig so einen Stapel Papier und habe dann leider auch nicht die Zeit, diese 430 000 Straßenbäume und die einzelnen Fällungen mit den Fälllis-ten abzulaufen. Das kann niemand bewerkstelligen. Das geht nicht.

Was allerdings sein sollte: Es gibt ein Gartenamt, das ca. zwei bis vier Wochen vor den Fäl-lungen Zettel aushängt und auf die Internetseite schreibt, warum es was macht. Sobald nicht nur einzelne Bäume, sondern eine Straße betroffen ist, macht es vorher noch eine Einwohner-versammlung und erklärt das Ganze. Das ist super, aber sehr arbeitsaufwendig. Auch da braucht es wieder die Stärkung der Gartenämter ganz dringend.

Letzter Punkt – Radwege: Wir haben noch nicht so viele verloren. Ich glaube, wir haben in den letzten zwei bis drei Jahren für Radwege bis zu 400 Bäume gefällt, das waren aber noch gar nicht die aus dem Mobilitätsgesetz, das war, was ohnehin anstand. Wie derzeit die Rad-wegeplanung ist und der Grünbestand hochgeschrieben wird, da sehe ich Konflikte, die noch auf uns zukommen, wenn wir den Radwegeausbau ordentlich machen. Wir sind da noch hin-terher. Sie wissen auch selber, die ganzen Stellen, die diese Radwege planen sollen, sind noch nicht unbedingt besetzt. Das wird noch auf uns zukommen. Inwieweit dann Straßenbäume betroffen sind, das wird sich noch genau zeigen. Was wichtig wäre, wäre sozusagen, dass man in der Abwägung Bäume versus Radweg klar sagt, wir wollen Bäume und Radwege, und dadurch, dass wir mit diesem Gesetz den Straßenraum neu definieren, muss man halt in den ruhenden Verkehr reingehen. Eine Stärkung der entsprechenden Ämter wäre auch notwendig.

Eine Gefahr, auf die ich noch ganz dringend hinweisen möchte, ist: Radwege, besonders Rad-schnellverbindungen etc. durch Grünanlagen, das wird nicht ohne Streusalzeinsatz gehen, und dann holen wir das ganze Salzproblem in unsere Grünanlagen hinein. Das ist ein ganz großes Problem. Ich bitte, darüber rechtzeitig nachzudenken und nicht erst hinterher, wenn man überall salzt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke für diese umfassenden Antworten! – Nun Herr Schruoffeneger, bitte sehr!

Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Ich versuche es mal unsystematisch. – Erste Frage, Patenschaften, Baumscheiben etc.: Also wir haben im Be-zirk eine eigene Stelle Urban Gardening im Umweltamt eingerichtet, die einerseits das klassi-sche Urban Gardening machen soll, aber auch Beratungen und Kommunikation zum Thema Baumscheiben, Schulgärten. Sie macht auch ein Modellprojekt zu Waldgärten mit der TU Potsdam. Das ist da angesiedelt, aber wie der Kollege schon gesagt hat, die Beratungsintensi-tät ist enorm, und es führt auch nicht zu einer freudigen Bürgerschaft, weil es in mehr als der Hälfte der Fälle Ärger und nicht gute Kooperationen gibt. Wir hatten letzte Woche wieder so einen Fall, da hat jemand auf die Baumscheiben der Linden 30 Zentimeter Erde aufgetragen und dann eifrig gepflanzt; bei Linden, die relativ feingliedrige Wurzeln haben, darf man eben nichts auftragen. Wenn Sie den Leuten dann sagen, nachdem sie das alles gemacht haben, bitte wieder abräumen, können Sie ein ganzes Amt einen Tag lang mit so einem Vorgang be-schäftigen. Schwierig! Überall da, wo es feste Strukturen gibt, wie Kita oder so, funktioniert

es, aber wenn es die engagierte Bürgerschaft ist, ist es für die Verwaltung eher ein Problem, was nicht heißt, man soll es nicht machen, aber dafür brauchen wir eine Struktur, und da sind wir alle noch am Suchen.

Zweiter Punkt zum Thema Baugenehmigungsverfahren: Da war noch eine Nachfrage, wie man das macht. Also es wieder in die Bauordnung reinzuschreiben, wäre natürlich der saubere Rechtsweg, damit sind wir aber sicherlich zehn Jahre beschäftigt. Es würde uns enorm helfen, wenn es ein eigenständiges Produkt gäbe, das heißt: Bearbeitung von Anträgen für Baumfällungen, denn dann könnten die Grünflächenämter und die Umweltämter einfach einen Strich für jeden Antrag machen, den sie bearbeitet haben, und es gäbe dann in unserer Logik eine Finanzausweisung dafür. Damit wäre man im Bezirk frei, individuell zu entscheiden, du kriegst jeden Antrag zu sehen und wir machen das nicht erst hinten im Verfahren, sondern wir machen das vorne als Beratungstätigkeit und müssen es dann eben nicht mehr auf das Produkt Bauantrag buchen, sondern als eigenständige Maßnahme. Das wäre sehr hilfreich.

Dritter Punkt: Standorte und warum wird so wenig nachgepflanzt? – Da ist strukturell, glaube ich, das größte Problem in den nächsten zehn Jahren zu erwarten. Die gesamten Berliner Straßenbäume, die in der Nachkriegszeit gepflanzt wurden, wurden einfach straßenzugsmäßig durchgepflanzt, und jetzt stellen wir fest, dass überall direkt darunter entweder die Wasser-, Gas- oder Stromleitungen liegen. Die haben in den nächsten Jahren einen enormen Sanierungsbedarf. Schon heute gehen mehr als 50 Prozent der Fällungen von Straßenbäumen bei uns im Bezirk nicht auf private Baumaßnahmen, sondern auf Sanierungsmaßnahmen der Leitungsbetriebe zurück. Das ist das erste Problem, da kommt noch richtig was auf uns zu, denn in der Regel können Sie die Bäume darüber nicht halten, wenn die Leitungen direkt darunter liegen. Und Sie können da auch nicht nachpflanzen, das heißt, Sie könnten, aber es macht wenig Sinn, denn dann haben Sie die Wurzeln wieder mitten in den Leitungen. Also müssen sie neue Standorte finden. Dadurch wird diese Nachpflanzarie unendlich arbeitsintensiv. In vielen Straßenzügen haben Sie auch ein ernsthaftes Problem, dass Sie gar keine neuen Standorte finden, die irgendwie geeignet sind. Das ist ein strukturelles Thema, das da in den nächsten Jahren droht, wo ich fürchte, es ist deutlich größer, als wir es im Moment schon sehen.

Nächster Punkt: Ja, wir fällen viel zu viel, und wir schneiden auch viel zu viel zurück. Das ist nicht eine bewusste Entscheidung, sondern das ist das, was in den Hinterköpfen entsteht, wenn Sie im Arbeitsalltag die Erfahrung haben, dass Sie nicht hinterherkommen und dann sagen: Na, das ist ein Baum, er hat eine Überlebenschance fifty-fifty, wenn ich intensiv arbeite und gut pflege. – Wenn Sie aber wissen, dass sie überhaupt nichts mehr hinkriegen, dann entscheiden Sie sich für das Fällen. Genauso ist es bei den Rückschnitten. Wenn Sie wissen, Sie können eben nicht jedes Jahr oder alle zwei Jahre durch eine Parkanlage oder Straße gehen – bei den Grünflächen eher noch verstärkt –, dann schneiden Sie ein bisschen rigider zurück, dann können Sie mal ein Jahr aussetzen. Da kann man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch gar keinen individuellen Vorwurf machen, das ist Selbstschutz. Das ist im Moment so. Ich kann es nicht einschätzen, aber ich glaube, das sind beträchtliche Zahlen, die bei der Geschichte eigentlich vermeidbar wären.

Dann war noch die Frage nach der Bedeutung von Daten: Was können wir verbessern? – Ich würde ähnlich wie der Vorredner davor warnen; ich wäre schon sehr zufrieden, wenn wir bei den Berichtspflichten, Qualitätsstandards etc., die wir im Moment haben, erst einmal wieder

auf den Stand kämen, die zu halten, dann wäre schon viel gewonnen. Jetzt anspruchsmäßig noch obendrauf zu satteln, glaube ich, bringt uns nicht wirklich was.

Dann kam das Thema: Wie viel wäre nötig? – Wie gesagt, im Moment sind wir bei den Straßenbäumen bei 47 Euro pro Baum. Die KGSt schwankt immer zwischen 80 und 100. Der bundesweit definierte Qualitätsstandard ist 80, 85. Da sind wir jetzt bei etwas mehr als der Hälfte. Ich glaube, das war auch noch mal die Frage, dass die produktscharfe Erhöhung des Zuweisungspreises – das haben wir mal bei Bibliotheken und Jugendeinrichtungen im Land Berlin gemacht – das ideale Instrument wäre. Man kann Zwischenschritte machen. Man kann sicherlich sagen, wir machen das die ersten zwei Jahre so, dass wir Mittel, die bisher Sonderprogramm heißen, nicht mehr bei der Senatsumweltverwaltung, sondern in diesem schönen Kapitel, wo die ganzen Verstärkungsmittel drin sind, die Landesmaßnahmen für die Bezirke, 2910 oder was das ist – – Denn dann könnten wir wenigstens dazu kommen, dass wir sagen, okay, da steht es jetzt noch mal zwei Jahre, damit hat es dann noch mal zwei Jahre eine Zweckbindung, und dann fließt es aber als klar definierter Betrag in unser Regelsystem ein und kann auch in der KLR gebucht werden, kann damit auch Personal auslösen. Also wir müssen einfach den Weg definieren, wie wir da wieder zu einer vernünftigen Struktur kommen, denn zu sagen: Lieber Finanzsenator, ab morgen bitte doppelter Zuweisungspreis –, da bin ich mir nicht so ganz sicher, ob das gelingen wird.

Natürlich haben die Bezirke eine Möglichkeit, im Rahmen der Globalsumme selber zu steuern, nur hat das auch Grenzen. Also wenn für jeden erkennbar ist, ich habe den Zuweisungspreis 47 Euro, und dann gehe ich in mein Bezirksamt und sage, ich hätte aber gerne 85, weil das der Qualitätsstandard ist, liebe Abteilung Jugend, du musst mir dafür deine Honorarleute aus der Jugendfreizeiteinrichtung geben, oder Gesundheitsamt, die Säuglingsuntersuchung – die Begeisterung ist begrenzt. Ich finde weiterhin das System, das wir haben, eigentlich richtig und gut, die Steuerung wäre dann aber eben, an dem Zuweisungspreis etwas zu machen und damit auch Qualitätsstandards zu vereinbaren. Das tun wir im Moment auch nicht. Und dann kann jeder Bezirk eigene Schwerpunkte setzen. Aber wenn es einen Parlamentsbeschluss gibt, der sagt, ich erhöhe den Preis jetzt auf 80 oder irgendwas, wird kein Bezirk hingehen und trotzdem nur 47 einsetzen. Das macht er nur einmal und dann nie wieder. Andererseits kann kein Bezirk so einen Preis einfach verdoppeln. So weit geht die Prioritätensetzung dann nicht, weil auch die anderen Bereiche nicht in einer Überflusssituation sind.

Es ist gelungen, sich in den letzten Jahren im Bereich Grünflächenpflege auf ein neues Modell der Produktdefinition zu einigen. Das war, glaube ich, ein Prozess über sechs oder sieben Jahre. Einen Straßenbaum kann man relativ einfach identifizieren, das muss nicht ganz so lange dauern. Aber das zeigt, dass es eigentlich geht, in diesem System zu arbeiten.

Ich habe noch einen Punkt, es ist ja schon angesprochen worden: Wir konzentrieren uns zu sehr auf die Straßenbäume. – Das sehe ich auch so. Die anderen Bäume, die in Grünanlagen sind, stehen aber unter der Überschrift Grünflächenpflege. Da ist mit dem „Handbuch Gute Pflege“ usw. ein bisschen was zu Gange. Auch da geht es darum, das zu verstetigen und in eine Regelstruktur zu überführen, aber da hat die Diskussion angefangen. Das haben wir bei den Straßenbäumen noch nicht.

Und der Punkt, auf den ich noch mal gesondert hinweisen will, ist: Alles, was im Umfeld passiert und mit Klimawandel zu tun hat, ist Stadtentwicklungspolitik, die gemacht werden muss.

Wir haben Rechtsgrundlagen für Bebauungspläne, dann aber auch für Befreiungen bei Baugenehmigungen, das ist das sogenannte Handbuch der Planergänzungsbestimmungen, da steht der schöne Satz: Das Gebiet liegt im Vorranggebiet Luftreinhaltung, und deswegen ist eine Beheizung nur mit leichtem Heizöl und Gas zulässig. – Diesen Satz schreiben wir in jeden Bebauungsplan. Der stammt aus den Siebzigerjahren, der war damals richtig, heute ist er völliger Blödsinn. Wir müssten da den Satz hinschreiben: Nach der Wärmeinselkarte der Senatsverwaltung für Umwelt ist das ein Erhitzungspotenzialgebiet, und deswegen ist jeder Bauherr verpflichtet, auf seinen Grundstücken nachzuweisen, dass Kaltluftentstehung ermöglicht wird. – Dann würden wir nämlich ein Rechtsinstrument über das Planungsrecht kriegen, mit den Bauherren über Fassaden, Dächer und Wasser in den Außenanlagen zu reden. Wir kämen an das Innenhofthema heran, die zum Großteil massiv versiegelt sind. Und die Bauherren haben damit überhaupt kein Problem, wenn die das rechtzeitig in ihrem Planungsprozess wissen. Wir haben nur kein Instrument, überhaupt in diese Diskussion einzusteigen, weil wir eben mit den Siebzigerjahre-Formulierungen arbeiten. Wenn wir was anderes hineinschreiben, kriegen die Bezirke die Antwort: Sorry, ist im Handbuch nicht enthalten, geht in der Rechtsprüfung nicht durch. – Und dann sind sie platt. Da liegt, glaube ich, für die Innenstadt ein ganz wesentliches Steuerungsinstrument, denn nur auf unseren öffentlichen Flächen werden wir das Thema Klimawandel nicht in den Griff kriegen.

Vorsitzender Oliver Friederici: Ganz herzlichen Dank, Herr Schruoffeneger und Herr Hönig, für Ihr Kommen und Ihre sachkundigen Beiträge heute! – [Allgemeiner Beifall] – Wir sind damit am Ende dieses Tagesordnungspunktes. Als Ergebnis halte ich fest: Die Besprechung betrachten wir als abgeschlossen? – Ich sehe zustimmendes Nicken.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0164](#)
UmVerk
**Duales System in Berlin – Konsequenzen aus der
Insolvenz der ELS GmbH für Berlin, die BSR und
die Bezirke Mitte, Pankow und Reinickendorf**
(auf Antrag der AfD-Fraktion)
- b) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0069](#)
UmVerk
Drucksache 18/0467
**Haushaltsnahe Berliner Altglassammlung in allen
Bezirken sicherstellen**
Drucksachen 18/0185 und 18/0267
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Oliver Friederici: Ich weise darauf hin, dass wir heute einen verlängerten Sitzungsverlauf bis maximal 13 Uhr haben. Wir haben uns auf eine Anhörung verständigt. Wir begrüßen recht herzlich für die BSR Herrn Andreas Thürmer und Herrn Hendrik Haupt aus dem Vorstandsbüro der Berliner Stadtreinigungsbetriebe sowie Frau Heike Schröder und Herrn Henning Krumrey vom Unternehmen ALBA Group plc & Co. KG. Herzlich willkommen! – Ich gehe davon aus, dass wir ein Wortprotokoll erstellen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu 3 a. Für die AfD-Fraktion hat Herr Scholtysek das Wort. – Bitte sehr!

Frank Scholtysek (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Der Besprechungspunkt ist ja nun schon älter, er ist vom Mai 2018, in der Zwischenzeit wird sich einiges geändert haben. Deswegen möchte ich mich auf ganz konkrete Fragen beschränken, die sich uns noch immer stellen: Welche Konsequenzen haben sich letztendlich aus der Insolvenz der ELS GmbH – das war im März 2018 – für Berlin und die betroffenen Bezirke ergeben? Hatte die Insolvenz auch finanzielle Auswirkungen auf Berlin, oder hat sie immer noch Konsequenzen? Wie ist überhaupt der aktuelle Stand in Sachen Altglas- und Verpackungsmüllentsorgung in Berlin, insbesondere in Bezug auf die haushaltsnahe Entsorgung von Altglas? Welche Auswirkungen hat das jetzt zum 1. Januar in Kraft getretene Verpackungsgesetz auf Berlin? Und wie wird in Berlin aktuell überhaupt mit Einwegverpackungen umgegangen, speziell Dosen und Flaschen, die aus dem europäischen und nicht europäischen Ausland importiert und hier über Spätis und viele Supermärkte in großen Mengen vertrieben werden? Das scheint offenbar – das ergibt sich zumindest aus der Beantwortung einer Anfrage von mir – ein großes Dunkelfeld zu sein. Keiner weiß, wie viele europäische und außereuropäische Dosen in Berlin vertrieben werden, ob die bepfandet werden oder nicht und was damit letzten Endes passiert. Man muss sich nur auf den Straßen umgucken, dann sieht man, dass ständig irgendwelche Dosen herumliegen, wo man sich immer fragt: Wieso werden die eigentlich hier verkauft? Und am Ende landen sie doch im normalen Müll und unterliegen nicht der Pfandpflicht, wie es eigentlich sein sollte. – Das sind im Wesentlichen unsere Punkte, bei denen wir uns heute Klärung erhoffen.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke schön, Herr Abgeordneter! – Zum Tagesordnungspunkt 3 b übernimmt Herr Buchholz die Begründung. – Bitte sehr!

Daniel Buchholz (SPD): Danke sehr, Herr Vorsitzender! – Herzlich willkommen an die Anzuhörenden von unserer Seite! – Wir müssen heute wieder über das Thema Altglassammlung sprechen. Das hat uns hier als Umweltausschuss schon in der letzten Legislaturperiode extrem intensiv beschäftigt. Für alle, die noch nicht so lange dabei sind: Wir haben Dinge über die Abfallsammlung gelernt, die wir so detailliert gar nicht wissen wollten, aber wir mussten sie lernen, denn es gab das Großereignis, dass in drei Berliner Bezirken, nämlich in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick, plötzlich die Hoftonnen für die Altglassammlung wegkamen. Wir haben uns dann gefragt: Wird das demnächst in ganz Berlin so sein? – Wir haben uns als Parlament sehr dagegen aufgelehnt. Diesen Beschluss, was mich sehr gefreut hat, haben wir überparteilich, glaube ich, Anfang dieser Legislaturperiode noch einmal wiederholt und gesagt: Wir können das nicht so laufenlassen, denn wer sich die aktuellen Klima- und Abfallbilanzen des Landes Berlin anschaut, der wird sehen, dass die Klimagutschriften, die wir durch eine gute Altglassammlung erreichen, sehr erheblich sind, also alles, was weniger oder schlechter gesammelt wird, in den Restmülltonnen oder anderswo landet, geht richtig negativ auf unser Klimakonto. Deswegen müssen wir alle dafür sorgen, dass es besser wird. Darum haben wir das als Koalition heute erneut aufgerufen.

Wir haben ja eine ältere Drucksache als U-Boot benutzt, ich gestehe es, es gibt immer wieder regelmäßig Berichte der Senatsverwaltung an das Parlament, und natürlich beziehen wir uns auf die neueste vom 22. Januar 2019. Das ist die Drucksache 18/1622. Für uns ist die große Fragestellung: Inwieweit ist die Umstellung in den Bezirken gediehen? Welche Probleme gibt es? Welche Fortschritte gibt es? Ich kann schon mal ankündigen, wir haben einige Beispiele, was ganz konkrete Umsetzungen angeht, bei Privaten und auch bei Gewerbetreibenden, die uns nicht hoffen lassen, dass es ein freiwilliger und gut geordneter Prozess ist. Darum meine Frage: Wie sehen Sie das als die Betroffenen und die Ausführenden, wie es wirklich in der Praxis läuft? Haben Sie mit uns noch die Hoffnung, dass wir den ökologischen Vorteil, den eine getrennte, mehrfarbige Altglassammlung in Berlin hat, wirklich erhalten können? – Das erst mal zum Auftakt!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Wie im Einladungsschreiben mitgeteilt stehen für jedes Unternehmen jeweils fünf Minuten zur Verfügung. Da Sie zu zweit sind, müssten Sie sich verständigen, wer von Ihnen hier das Wort nimmt. Ich schlage vor, dass wir in der alphabetischen Reihenfolge zunächst dem Unternehmen ALBA und dann dem Unternehmen BSR das Wort geben. – Für ALBA Herr Krumrey, bitte sehr!

Henning Krumrey (ALBA): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Von mir nur einen Satz: Ich bin bei der ALBA Group u. a. für die politischen Beziehungen zuständig und stehe Ihnen nachher für Fragen, die die Arbeit der ALBA Group insgesamt betreffen, zur Verfügung. Unsere Stellungnahme erhalten Sie von Frau Schröder, die im Hause ALBA für die Geschäftsbeziehungen mit den Dualen Systemen zuständig ist. Sie ist seit 20 Jahren in diesem Bereich tätig, also ich glaube, eine versiertere Expertin werden Sie in Deutschland kaum finden.

Vorsitzender Oliver Friederici: Bitte sehr, Frau Schröder!

Heike Schröder (ALBA): Dann übernehme ich jetzt mal. Schönen guten Tag! Herr Krumrey hat mich gerade vorgestellt. Ich bin mit dem Thema seit 20 Jahren beschäftigt. Das ist immer wieder mit Überraschungen verbunden, letztes Jahr mit der negativen Überraschung, dass leider ein System Insolvenz angemeldet hat. Für uns waren die Auswirkungen relativ überschaubar, weil wir nur sogenannte Mitbenutzungsrechte mit ELS hatten. Das Konstrukt – ich weiß nicht, ob Sie das kennen – nur ganz kurz: Es gibt im Rahmen der Ausschreibung immer einen Ausschreibungsführer. Dieser Ausschreibungsführer hat dann auch die sogenannte Kostenführerschaft mit 50 Prozent plus X. Wenn Sie also in dem Vertragsgebiet nicht den Ausschreibungsführer ELS hatten, was glücklicherweise so war, dann waren die Ausfälle nicht ganz so, aber sie waren halt da. Problematisch war für uns, dass ab einem bestimmten Zeitpunkt absehbar war, dass dieses System ins Wanken kommt, aber aufgrund der Konstruktion mit den Mitbenutzungsverträgen können Sie die Leistung nicht einstellen, Sie müssen weiter abfahren. Das ist eine haushaltsnahe Erfassung. Damals haben zehn Systeme mitbenutzt. Man kann die Leistung nicht einstellen. Man läuft aber möglicherweise Gefahr, diese nicht bezahlt zu bekommen. Es war tatsächlich so, dass zum 19. März, als die Insolvenz in Eigenverwaltung mitgeteilt wurde, bis dato aufgelaufene Forderungen, insofern sie keine Warenkreditversicherung hatten, letztendlich der Insolvenzmasse zum Opfer gefallen sind. Das hat nicht nur Entsorger betroffen, das hat auch Systeme betroffen, das hat letztendlich auch öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger betroffen.

Wie man sich vor diesen Themen schützen kann, darüber haben wir als private Entsorger über den Verband BDE lang und breit diskutiert und sind mit Dualen Systemen nach wie vor in Gesprächen. Wir sind froh, dass es jetzt das Verpackungsgesetz gibt, das zumindest Ansätze hat, um solche Themen zu verhindern, dass eine Insolvenz in der Form stattfindet. Natürlich kann man das nicht ausschließen. – Das war es in kurzer Zusammenfassung.

Vorsitzender Oliver Friederici: Recht herzlichen Dank, Frau Schröder! Das war eine Punktlandung von Ihnen beiden, die fünf Minuten eingehalten, vielen Dank! – Herr Thürmer für die BSR, bitte sehr, Sie haben das Wort!

Andreas Thürmer (BSR): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei mir wird es vielleicht ein bisschen schwieriger, die fünf Minuten einzuhalten, weil wir zwei Themen haben, die ich ansprechen möchte. Zum Thema ELS hat Frau Schröder eigentlich schon das meiste gesagt, ich will nur aus Sicht des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers ergänzen: Wir als diejenigen, die die Nebenentgelte für Berlin verwalten, haben natürlich auch offene Forderungen in Höhe von rund 100 000 Euro, die nicht mehr beglichen wurden. Man kann schon darüber nachdenken, wie man das in Zukunft besser absichern kann, denn der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger kann ja Sicherheitsleistungen von den Dualen Systemen verlangen, wenn die Dienstleistung in Berlin erbracht werden soll. Bisher waren die Sicherheitsleistungen nur dafür da, die Aufrechterhaltung des Systems im Insolvenzfall eines einzelnen Systems zu finanzieren, man kann aber mit der Änderung des Verpackungsgesetzes ab 1. Januar 2019 diese Sicherungsentgelte künftig auch verwenden, um Nebenentgelte abzusichern. Meines Wissens ist es so, dass die Länder im Moment untereinander abstimmen, wie sie das Thema Sicherheitsleistungen in Zukunft mit dem Dualen System vereinbaren wollen.

Wir sind auch betroffen als Dienstleister, nicht direkt, sondern unser Tochterunternehmen Berlin Recycling macht im Moment die haushaltsnahe Glasentsorgung im Holsystem. Da sind

offene Forderungen von etwa einer halben Million Euro aufgelaufen, die wir beim Insolvenzverwalter angemeldet haben. Ob wir die jemals kriegen können, das steht in den Sternen. Das ist eher unwahrscheinlich. Sich dagegen zu schützen, ist eher schwierig. Das Verpackungsgesetz sieht auch in Zukunft keine Sicherheitsleistungen für die Dienstleister vor, um sich dagegen abzusichern. Das ginge dann nur, wenn jeder einzelne Dienstleister so was quasi in die Vertragsgestaltung mit dem Dualen System einbaut, was sicherlich schwierig ist, oder, wie es im Fall unseres Tochterunternehmens passiert ist, sich gegen Forderungsausfälle künftig zu versichern und wenigstens zu versuchen, das im Vertrag einzupreisen, damit man die Forderung dann auch wiederkriegen kann. – So viel vielleicht zum Thema Duales System/GLS!

Zum Thema Glas habe ich Ihnen eine kurze Präsentation mitgebracht, die Sie auch erhalten und weiter nutzen können, um Ihnen mal den Stand der Umstellung der Glassammlung kurz zu illustrieren.

Rahmen und Ziel der Ergänzung zur Abstimmungsvereinbarung – Berliner Modell bleibt angemessen erhalten



- Die **Getrenntsammlung** von Glas ist **gesetzlich vorgeschrieben**.
- Die **Ausgestaltung** der Sammlung erfolgt **zwischen Kommune und Systembetreibern**.
Für Berlin: **Abstimmungsvereinbarung** zwischen dem Land Berlin (SenUVK) und den Systembetreibern (Duale Systeme) sowie BSR (verantwortlich für Verwendung der Nebenentgelte).

- In der Abstimmungsvereinbarung von Juli 2017 wurden **Modalitäten zum Umbau** (geänderte Ausbalancierung) des Glaserfassungssystems festgelegt:



- Bessere Qualität: **Mehr 3- statt 2-Farb-Erfassung**
- **Depotcontainernetz** von 1.500 auf 1.900 Standorte **ausbauen**
- Bestand **Umleerbehälter** von 96.000 auf 62.000 Stück **reduzieren** (betrifft damit max. 17.000 Standplätze)
- **Regionaler Fokus** des Umbaus: außerhalb S-Bahn-Ring
- **Spielregeln**: Prinzip Freiwilligkeit und DC-Nähe
- **BE104**: Tw. Rückstellen in 2013 eingezogener Behälter (bei Spielraum)
- **Terminierung**: Umbau erfolgt bis 1.1.2020
- BSR ist mit **Koordinierung** beauftragt

- Damit vernünftige **Balance** zwischen ökologischen, wirtschaftlichen und Komfortaspekten



Auf der ersten Seite ist dargestellt, was zwischen den Dualen Systemen und dem Land Berlin vereinbart ist. Es ist ja so, dass die Getrenntsammlung von Glas gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Ausgestaltung erfolgt zwischen der Kommune und den Systembetreibern. In Berlin ist das eine Abstimmungsvereinbarung zwischen SenUVK, den Systembetreibern und uns, weil wir für die Verwaltung der Nebenentgelte in Berlin verantwortlich sind. Sie wissen, es gab einen relativ langen, jahrelangen Streit um die Ausgestaltung des Glassammelsystems in Berlin – Herr Buchholz hat es geschildert – und auch einen starken Streit um die Auszahlung und Höhe der Nebenentgelte. Dann gab es im Juli 2017 eine neue Abstimmungsvereinbarung, die

verschiedene Dinge für den Umbau festgelegt hat. Das ist hier noch mal kurz aufgelistet. Ziel ist es, eine bessere Qualität durch eine Erhöhung der Dreifarb-, statt der Zweifarberfassung zu erreichen. Das Depotcontainernetz soll von etwa 1 500 Standorten auf 1 900 ausgebaut werden. Der Bestand der Umleerbehälter soll von 96 000 auf etwa 62 000 reduziert werden. Das betrifft maximal 17 000 Standplätze in Berlin. Es gibt einen regionalen Fokus, der in dieser Abstimmungsvereinbarung festgelegt ist, nämlich sich außerhalb des S-Bahnringes zu bewegen und dort die Umstellung vorzunehmen.

Es gibt Spielregeln, die definiert wurden, erstens die Spielregel der Freiwilligkeit, dass ein Kunde, wenn er was dagegen hat, sich dagegen wehren kann, und zweitens die Spielregel der Depotcontainernähe, die eigentlich in dieser Abstimmungsvereinbarung gar nicht näher beschrieben ist. Wir haben aber die Grundlage herangezogen, die hier auch schon diskutiert wurde: Keiner soll eine längere Entfernung als 300 Meter zum nächsten Depotcontainer zurücklegen müssen. Daran haben wir uns auch gehalten.

Und für dieses Gebiet 104, wo 2013/14 schon in hohem Maße Behälter abgezogen wurden, zugegebenermaßen in einem Prozess, der nicht besonders gut gelaufen ist, soll ein teilweises Rückstellen möglich sein, immer dann natürlich, wenn der entsprechende Spielraum da ist, wenn man an anderer Stelle Behälter abziehen konnte. Der Umbau soll bis 1. Januar 2020 erfolgen. Die BSR wurde letztendlich von den Dualen Systemen und SenUVK damit beauftragt, diese Umstellung zu koordinieren.

2018: Aufbau Arbeitsstrukturen, Piloten für belastbare Umstellungsplanung, Planung



Kommunikation	<ul style="list-style-type: none"> SenUVK, Duale Systeme und BSR sind gemeinsame Absender mit abgestimmter Kommunikation Wichtigste Stakeholder (Bezirke, WoWi-Verbände) sind / werden informiert
Mehrweg-bearbeitung	<ul style="list-style-type: none"> Parallel zur eigentlichen Systemumstellung umfängliche Beachtung: <ul style="list-style-type: none"> <u>Anträge auf Neuauaufstellung</u> durchlaufen Prüfkaskade, kein Automatismus <u>Qualitätssicherung</u> im Bestand: a) Ladestellen mit Vermüllung oder b) mit Gefährdungspotenzial <u>Standplatzberatung und Bebauungspläne</u>: Architekten / Kunden werden in Planungsphase zu Unterflur- und Depotcontainerlösungen beraten Aktive Ansprache von Kunden (WoWi) zur Umstellung <u>auf DC o. UFC innerhalb Wohnanlagen</u>
Pilotbereiche	<ul style="list-style-type: none"> 5 Gebiete im BE 101 (Sommer/Herbst) als Basis für belastbare Umstellungsplanung: <ul style="list-style-type: none"> Art der Ansprache / Kommunikation prüfen Erkenntnisse zur Umstellungsbereitschaft gewinnen Erkenntnisse für Zusammenarbeit mit Bezirken und Handel hinsichtlich DC-Standorten gewinnen → Aufbauend Umstellungsplanung für 2019

AWB = Abfall- und Wertstoffbehälter, früher MGB (Müllgroßbehälter) DC = Depotcontainer bzw. Iglus UFC = Unterflurcontainer



Was haben wir 2018 gemacht? – 2018 haben wir uns erst mal ein Stück weit um das Thema Kommunikation gekümmert: Wie machen wir das eigentlich? – Wir sind in alle Bezirke gegangen, die davon betroffen sind, haben mit wohnungswirtschaftlichen Verbänden geredet, die informiert, was passieren soll. Und auch die Schreiben, die an die Kunden rausgegangen sind, sind letztendlich vom Absender her immer die Dualen Systeme, SenUVK und die BSR gewesen, die diesen Prozess angestoßen haben.

Daneben gibt es natürlich das normale Geschäft. Es gab Anträge auf Neuaufstellung von Behältern. Die wurden geprüft. Etwa 50 Prozent Neuanträgen wurde stattgegeben. Es gibt den seit Jahren laufenden Prozess der Qualitätssicherung, nämlich dass man stark vermüllte Behälter leider auch bei der Glassammlung hat und die Kunden entsprechend darüber informiert. Wenn das in einer gewissen Abfolge von Zeit nicht besser wird, dann passiert natürlich auch an der Stelle, dass aufgrund mangelnder Qualität Behälter abgezogen werden.

Wir haben uns sehr um Standplatzberatung und frühzeitig um neue Baufelder gekümmert und versucht, richtige Lösungen für die Glassammlung zu finden. Wir haben mit der Wohnungswirtschaft geredet, ob es eine Umstellmöglichkeit von normalen Behältern auf Depotcontainer und Unterflursysteme gibt, um dem Anspruch der Dreifarbsammlung gerecht zu werden.

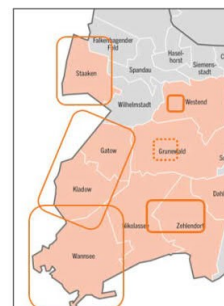
Dann haben wir 2018 pilotiert, fünf Gebiete im Stadtgebiet ausgewählt, da die Kunden angeschrieben und zum ersten Mal eine Umstellung vorgenommen. Die Erfahrungen, die wir gemacht haben, zeige ich Ihnen gleich.

Ergebnisse Pilotgebiete

Über 80% der Angeschriebenen tragen Umstellung mit

Bestand in Gebieten	Infoschreiben nach Vorauswahl (300m-Radius)	Brief mit Einzugsdatum	Einzug	Pilotergebnis
1.001 LS	354 LS	328 LS	298 LS	290 LS
2.385 AWB	780 AWB	723 AWB	659 AWB	637 AWB
	259 Kd	233 Kd	217 Kd	210 Kd
				81,9 %
				81,7 %
				81,1 %

- Hinsichtlich **Bebauung und Entfernung** zum DC **keine Unterschiede** in der Umstellungsbereitschaft
- **Branche:** Wohnungswirtschaft etwas kritischer als Private, Gewerbe am sensibelsten
- **Widersprüche:** i.d.R. komfortgetragen
- **Zeitliche Taktung:** Ein Brief mit allen Informationen inkl. Einzugsdatum besser. Vermindert Infountergang beim Kunden (insbesondere Verwaltungen).
- **Gebiete** straff und **am Stück** bearbeiten. Verhindert bei Verwaltungen das mehrfache Anfassen benachbarter Grundstücke.
- Kommunikation: Infomaterialien für Vermieter zur Weitergabe an Mieter sinnvoll
- **Spielregeln Freiwilligkeit und DC-Nähe:** In Summe Generierung von Flickenteppichen der Entsorgung



Infopapier
Umweltausschuss



Es ist so, etwa 1 000 Ladestellen und damit Kunden waren in diesen Gebieten überhaupt möglich, dass man sie hätte anschreiben können. Wir haben nur etwa 350 dieser Kunden angeschrieben, weil nur 350 innerhalb dieser 300-Meter-Radien waren, damit man noch einen Abzug rechtfertigen kann. Von diesen 350 sind in einem mehrstufigen Prozess zum Schluss 290 Ladestellen übrig geblieben. Es sind tatsächlich Behälter abgezogen worden, weil, wenn eben auch bei dreimaligem Anschreiben kein Widerspruch erfolgt ist, dann der Abzug erfolgen konnte.

Was sind unsere Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben? – Erst einmal, die Kommunikation hat funktioniert, die Leute haben verstanden, was wir von ihnen wollten. Es gab keine wirklichen Beschwerden im Sinne von: Die Ansprache hat nicht gepasst. Wir verstehen nicht, was das soll. – Wir haben nicht festgestellt, dass es einen Unterschied im Verhalten gibt, ob jemand sehr nah an dem Depotcontainer oder 200 Meter weiter weg ist. Wir haben gemerkt, dass die Wohnungswirtschaft sich zu dem Thema etwas kritischer verhält als Privathaushalte und das Gewerbe das Thema am sensibelsten sieht. Die Widersprüche, die wir gehört haben, sind in der Regel komfortgetragen: Der Weg wird weiter. – Wir haben gesehen, dass natürlich im Zuge der Umstellung eine Kommunikation mit den Vermietern zur Weitergabe an die Mieterinnen und Mieter sinnvoll ist. Das haben wir auch gemacht, sodass da jetzt kein wirklicher Informationsgap entstanden ist.

Die Spielregeln Freiwilligkeit und Depotcontainernähe funktionieren, haben aber zur Folge, das ist jetzt eher in Richtung der Dualen Systeme, dass wir dort, wo wir Behälter abziehen, letztendlich einen Flickenteppich generieren. Ich habe dann 50 Standplätze, wo ich abziehe, und zehn, wo – –

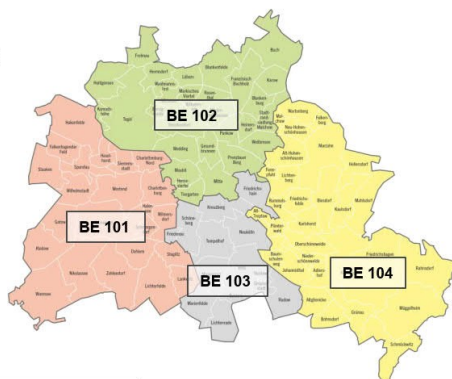
Vorsitzender Oliver Friederici: Herr Thürmer! Wir sind schon in der zehnten Minute. Sie müssten jetzt langsam zur Conclusio kommen.

Andreas Thürmer (BSR): Okay! Ich beeile mich.



DC-Standorte

- Planungen für neue DC-Standorte: Versorgungssituation insgesamt soll verbessert werden
- Erfahrungen aus Piloten und bisheriger Beantragungen:
 - Physisch nicht einfach, geeignete Standorte zur Lückendeckung zu generieren
 - Auch aktuelle Standorte durch Baumaßnahmen (bspw. Radwege) gefährdet
 - Beantragungen langwierig
 - Einzelhandel ist verhalten
- Status



DC aktuell (Anz. Standorte)	Ziel	Zu stellen (Plan)
1.560	1.900	+340

- Beantragungen 2018

Beantragt 2018 (Anz. Standorte)	abgelehnt	genehmigt	offen	Davon Genehm. sehr wahrscheinlich
81	43	6	32	6



Dann nur ganz kurz zu den Depotcontainern: Wir versuchen, welche aufzubauen. Es ist sehr schwierig, künftig Standplätze zu finden. Wir haben 80 beantragt, sechs im Moment genehmigt. Ob man diese Zahl tatsächlich erreichen kann, muss man sehen.



BE 104

- Umstellung erfolgte 2013/14
- Lt. Abstimmungsvereinbarung tw. Zurückstellen von AWB geplant
- Dafür muss das Potenzial in den anderen Vertragsgebieten generiert werden.

- Erkenntnisse zu konkreten Rückstellwünschen
 - Differenziertes Stimmungsbild*) bei den Kunden. Reicht von „Bitte um Rückstellen“ bis zu „Ist besser ohne Glastonnen.“
 - Konkret liegen von 2 Kunden mit je 8 Ladestellen Wünsche vor
 - Viele Kunden haben sich mit Situation arrangiert und nutzen Fläche anderweitig

- Ab Sommer Bedienen der konkreten Wünsche

*) Gespräche mit Kunden, bei Verbänden



6

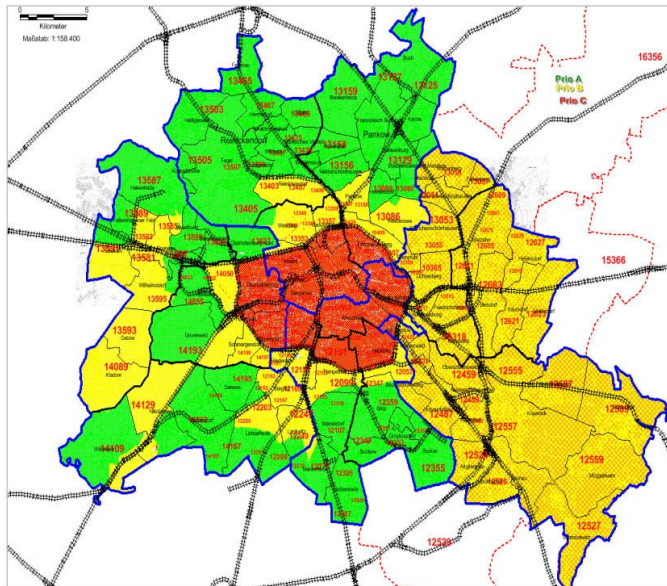
Koordinationsteam Glas - 14.03.2019

190314_Glas, Info Umweltausschuss.pptx

Dann zum Thema Gebiet 104: Da ist, wie gesagt, die Umstellung 2013/14 erfolgt. Wir haben bislang zwei konkrete Anfragen, die gerne Rückstellungen von Behältern hätten. Wir planen, das im Sommer zu tun. Die Rückmeldung der Kunden ist durchaus unterschiedlich, sie reicht von: Ja, ich hätte gerne wieder die Tonne – – Manche haben sich mittlerweile auch mit der Situation arrangiert und nutzen die Fläche für andere Dinge.

2019: Ansprache Kunden außerhalb des S-Bahn-Rings.

Infopapier
Umweltausschuss



- Ansprache von 17.000 Kunden
 - außerhalb des S-Bahn-Rings
 - in DC-Nähe
 - BE 101, 102, 103 (Grafik: zuerst grüne, dann gelbe Bereiche)
 - BE 104: Wurde 2013/14 umgestellt
- Start im Mai
- Im Vorfeld Information der Stadträte und Verbände



Letzte Folie, und dann bin ich auch schon fertig: Diese Karte symbolisiert, wie es jetzt weitergehen soll. Rot ist der Hundekopf, da passiert nichts beim Thema Umstellung. Dann haben wir auf der linken Seite und in der Mitte grüne Gebiete, die werden jetzt vornehmlich angeschrieben und die etwas heller gelben, nicht gestrichelten gelben Gebiete dann zweitrangig, weil die grünen Gebiete reine Siedlungsgebiete sind, wo eine Umstellung leichter passieren kann, und die gelben etwas differenzierter angeschaut werden müssen. 104 ist gestrichelt gekennzeichnet, das ist das Gebiet, wo eher was zurückgestellt werden würde.

Vorsitzender Oliver Friederici: Recht herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Thürmer! – Jetzt für den Senat Herr Staatssekretär Tidow, bitte sehr!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich will nur die Gelegenheit nutzen, eine Information zu geben, alles Weitere im Anschluss an die Debatte. Ich bin Ende letzter Woche von RKD, Recyclingkontor, darüber informiert worden, dass sie den Betrieb einstellen werden. RKD ist auch in Berlin aktiv und – wenn ich das richtig weiß – Ausschreibungsführer Altglas im Gebiet 104. Mein Eindruck ist aber, dass das keine Insolvenz ist, sondern eine Betriebseinstellung. Die Aufgaben werden jetzt von anderen übernommen, das ist aber Sache der Dualen Systeme. Unser Eindruck ist bisher nicht, dass sich damit irgendwelche Probleme konkret verbinden. Ich wollte es nur der Vollständigkeit halber ganz frisch als Information hineintragen, weil das Duale System und auch das Gebiet 104 Gegenstand der Anhörung sind. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Wir danken Ihnen, Herr Staatssekretär! – Nun kommen wir zur Runde der Abgeordneten. Ich weise Sie ausdrücklich darauf hin, dass wir Sitzungsende um 13 Uhr haben und die Anzuhörenden auch noch antworten müssen. Deswegen bitte ich Sie alle um extrem kurze Beiträge und möglichst nur Fragen, denn wir haben fast alle Anschlusstermine. Es fängt Herr Freymark für die CDU-Fraktion an. – Bitte sehr!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Begeisterung hält sich in Grenzen, das gebe ich offen zu, denn der Wunsch des Parlaments, insbesondere der hier auch anwesenden Fraktionen, war natürlich, dass wir beim Altglas im Gebiet 104 nicht dieses Ungleichgewicht aufrechterhalten, das wir jetzt haben. Ich honoriere aber trotzdem, dass Sie im Rahmen der Möglichkeiten versucht haben, Lösungen zu finden. Auch das Anschreiben habe ich mir genau durchgelesen, es wird explizit darauf verwiesen, dass, wer von den Depotcontainern keinen Gebrauch machen will, unter Umständen angeschlossen bleiben kann. Und es gibt vielleicht sogar den einen oder anderen, der sagt, ich bin eigentlich ganz froh, wenn ich hier nicht die Altglasbehälter bei mir auf dem Gelände habe, sondern einen Depotcontainer nutzen kann. Diese Mischung kann Sinn machen. Beim Gebiet 104 will ich trotzdem darauf verweisen: Das Altglas im Recycling ist dort um 20 Prozent zurückgegangen. Das waren die alten Zahlen, die haben Sie jetzt nicht erneuert, ich kann mir schon denken, warum, ist aber auch gar kein Vorwurf. Es ist offensichtlich, wo längere Wege in Kauf genommen werden müssen, landet mehr Altglas im Restmüll. Das können Sie ja gegebenenfalls bestätigen oder auch von sich weisen, aber ich glaube, ich kenne die Antwort. Deswegen ist es bitter, dass es uns nicht anders gelingt, hier die Altglasentsorgung sicherzustellen.

Ich will mich aber auf die Fragen begrenzen, die ich jetzt noch habe, Punkt 1 ist: Wurde das Rückstellen der Behälter im Gebiet 104 offensiv angeboten oder nur denen, die Nachfrage gestellt oder sich beschwert haben? Ich selbst hatte das Erlebnis, dass z. B. auch Seniorenheimen Altglasbehälter abgezogen und nur nach Protest, meist mit politischer Unterstützung, zurückgeführt wurden. Die Frage an den Senat: Das Modell Duales System und die Berliner Entsorgungslandschaft werden wir nicht von heute auf morgen umstrukturieren oder verändern können, aber gibt es eine Idee für die Zukunft, damit wir am Ende vielleicht doch zu einer so haushaltsnahen Altglassammlung kommen, dass wir das zu 100 Prozent recycelbare Glas als Ressource mehr zu schätzen wissen, als es nur im Restmüll zu verbrennen?

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Nun geht es weiter mit Frau Platta für Die Linke.

Marion Platta (LINKE): Also wenn es nur um Fragen geht und keinen weiteren Beitrag, dann stelle ich mal die Frage: Es gab ja bei der Umstellung im Gebiet 104 mehrere Eingaben und Beschwerden. Mich würde interessieren, ob der Senat zumindest die Beschwerdeführer angeschrieben und mit der Möglichkeit des Rückstellens vertraut gemacht hat und wie viele von diesen dann auch die Möglichkeit genutzt haben, in dieses Programm des Rückstellens hineinzukommen. Die Wege, die immer beschrieben worden sind, entstehen, wenn man zu einem Depotcontainer gehen soll. Das waren 300 Meter. Es gab bei der Umstellung im Gebiet 104 auch längere Wege. Ist es jetzt so, dass das tatsächlich Wegemeter sind und nicht, wie ursprünglich auch mal angedacht, ein Radius angesetzt wird? Also wird das berücksichtigt?

Dann noch die Frage: Wenn die Zahlen der Umstellung mit Freiwilligkeit nicht erreicht werden und die Zweifarbtonnen nicht freiwillig hergegeben werden, was passiert dann nach Abschluss des Zeitraumes? Wer bezahlt die Mehrkosten? Was ist da vorgesehen?

Zu den Dualen Systemen noch die Frage: Wir reden in Berlin auch sehr viel über die Möglichkeit der Wiederverwendung von irgendwelchen Stoffen. Inwieweit beteiligen Sie sich an dem Prozess und nutzen vielleicht auch die eine oder andere Initiative im Land Berlin, um recycelfähige Stoffe nicht zu recyceln, sondern wieder zu verwenden? Ich sage mal das eine schöne Stichwort, das auch Glas betrifft, das ist das Honigglas, das man durchaus dem einen oder anderen Imker wieder zurückbringen kann.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Frau Abgeordnete! – Jetzt Herr Kössler für Bündnis 90/Die Grünen, bitte sehr!

Georg Kössler (GRÜNE): Danke schön! – Ich komme nur zu den Fragen: Es wurde der Flickenteppich angesprochen. Da würde mich interessieren, ob die unterschiedlichen Container mit den gleichen oder unterschiedlichen Lkw abgeholt werden. Hat man mehr an Verkehrsaufkommen, wenn das System mit Hof- und Depotcontainern immer unterschiedlicher wird? Die Freiwilligkeit, die wir gefordert haben, wurde schon oft angesprochen. In dem Brief, der allerdings an die Leute verschickt wurde, ist das Wording ein bisschen anders, da steht nur drin: Wenn Sie es wirklich absolut unangemessen hart finden, dann melden Sie sich, dann prüfen wir es vielleicht noch mal. – Das heißt ja nicht Freiwilligkeit. Der Brief wurde, das muss man zugeben, von SenUVK, BSR und den Dualen Systemen gemeinsam erstellt. Er ist wahrscheinlich auch nur ein Kompromiss. Mich würde mit Blick auf die weiteren Umstellungen interessieren, wie das Wording in den nächsten Briefen ist und wann die Briefe für das Gebiet 103 rausgehen – ob Sie das schon sagen können.

Es gibt ja aktuell eine Kampagne des BUND: Kampf für deine Tonne! – oder irgendwie so, ich habe es gestern nur kurz gesehen, die die Leute anregen soll, sich da einzumischen, deren Hintergrund ja nicht Faulheit ist. Die Anzahl des Glases, das in die Tonne wandert, ist einfach gesunken. Da wird die Zahl 20 Prozent genannt. Wird das irgendwie gemonitort? Kann man das bestätigen, oder wie können wir uns dem entgegenstellen, oder wurde das in der Kommunikation aufgegriffen? Man sollte ja meinen, wenn man mit dem Menschen über ihr Altglas spricht – das ist ja eine Gelegenheit, in Dialog zu treten und diese vielleicht aufzuklären –, dass man von diesen 20 Prozent, die erschreckend klingen, herunterkommt.

Zu guter Letzt nur der Hinweis: Das Ganze beruht auf einem Bundesgesetz, dem Verpackungsgesetz. Da gab es eine Novelle, da hat sich Berlin dank der grünen Senatsverwaltung dafür eingesetzt, dass wir hier bei uns andere Möglichkeiten haben, das ist nicht durchgekommen, aber da muss man, glaube ich, immer ganz kritisch auf die Bundesebene gucken.

Vorsitzender Oliver Friederici: Jetzt hat Herr Schmidt für die FDP-Fraktion das Wort. – Bitte sehr!

Henner Schmidt (FDP): Danke, Herr Vorsitzender! – Erst mal finde ich es ganz interessant, dass es mit der Freiwilligkeit funktioniert, auch wenn das, wie Herr Kössler sagte, etwas einseitig formuliert ist. Aber ich finde es schon mal überraschend, weil ich nicht erwartet hätte, dass relativ viele mitmachen und es doch nicht so viel Ärger gibt, wie manche in dieser Run-

de befürchtet haben. Eine Frage noch, weil wir uns ja kurzfassen müssen, außer der Frage von Herrn Kössler und Herrn Freymark, zu den Mengen, was Sie da gelernt haben, also Recyclingquote und erfasste Mengen, wie sich das verändert hat: Haben Sie da auch Erfahrungen mit der Qualität gemacht? Denn das war einer der großen Punkte in der ursprünglichen Debatte, dass die Qualitätsunterschiede zwischen zentraler Sammlung und Hoftonne sehr groß seien.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Herr Buchholz für die SPD-Fraktion, bitte!

Daniel Buchholz (SPD): Danke schön! – Ich will noch mal auf die Insolvenz der ELS eingehen, die ja der erste Tagesordnungspunkt heute ist. Wir haben von den massiven Einnahmeausfällen, Herr Thürmer hat es ausgesprochen, gehört, einmal 100 000 Euro, einmal sogar eine halbe Million. Darum die Frage an die Senatsverwaltung: Hat die Senatsverwaltung in der Vergangenheit Sicherheitsleistungen verlangt, wenn ja, in welcher Höhe, wenn nein, warum nicht, und werden Sie das in Zukunft ändern? Denn das ist ja die Zukunftsfrage. Es könnte auch weitere Insolvenzen im Bereich der Dualen Systeme geben. Wie ich gehört habe, ist man in Baden-Württemberg schon länger dabei, Sicherheitsleistungen zu nehmen. Da müssten Sie uns noch mal aufklären; ich habe jetzt ein Kopfnicken oder Kopfschütteln gesehen. Und werden Sie die neuen Möglichkeiten des Verpackungsgesetzes – das war schon kurz Thema – für erweiterte Sicherheitsleistungen, z. B. auch für Nebenentgelte, aktiv und vollständig nutzen? – Das ist meine Frage dazu an die Senatsverwaltung.

Damit Herr Krumrey und Frau Schröder auch mal eine Frage kriegen: Ich bin von Gewerbetreibenden angesprochen worden, wir hatten dazu auch schon Direktkontakt, wie es aussieht, wenn Gewerbetreibende gelbe Tonnen haben wollen. Wir wissen, da gibt es keinen generellen Anspruch, da geht es dann um das Stichwort vergleichbare Anfallstellen zu anderen Dingen: Ist das ein Privater? Ist es ein Gewerbetreibender? Was für einen Status hat sein Gewerbebetrieb? – Was ich auch merke, wenn sich verschiedene Menschen an mich wenden, ist, dass es offensichtlich, wo ALBA und die BSR-Tochtergesellschaft zuständig sind, unterschiedliche Auslegungen gibt. Gibt es dort irgendeine Abstimmung zwischen den Firmen? Denn es gibt, wenn man die Kundenhotlines anruft, unterschiedliche Ausführungen dazu, ob man das überhaupt kriegen kann, ob man kostenpflichtig eine Tonne bekommen kann. Vielleicht könnten Sie darauf mal kurz eingehen.

Damit komme ich zum schönen oder nicht schönen Thema Altglastonnenabzug, das auch schon andere angesprochen haben. Wir haben das nur kurz auf der Folie aufblitzen sehen. Es ist auch den Unterlagen zu entnehmen. Wir reden hier davon, dass in Berlin 34 000 Haus- und Hoftonnen für die Altglaserfassung wegfallen werden. Das muss man einfach mal sagen. Es ist nicht immer jedem klar, was das heißt. 17 000 Standorte hatten Sie ausgewiesen, eben von 96 000 auf 62 000. Ich muss ehrlich sagen, mich wundert nicht – Herr Schmidt hat es eben angesprochen, Herr Kössler vorher auch, die Freiwilligkeit –, dass da so wenig Widerspruch kommt. Was wir als Parlament zur Information bekommen haben, ist ja die eine Wahrheit. Die andere ist eine ganz konkrete andere. Ich glaube, sowohl dem BUND als auch mir liegen mehrere Schreiben der Berlin Recycling, 100-prozentige Tochtergesellschaft der BSR, vor, in denen überhaupt keine Frage oder Vorstellung ist, dass man irgendwie eine Freiwilligkeit hätte. Das wird gar nicht erst erwähnt, sondern da heißt es: Bei Ihnen wird umgestellt. – Ich könnte das alles vorlesen, mache ich jetzt nicht. Wie konnte es zu dieser Panne kommen?

Dann wundert mich auch nicht, dass die Statistik so hübsch ist; wenn die Leute gar nicht wissen, dass sie das abwenden können, dann ist nichts mit Freiwilligkeit. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass selbst der Standardtext nur sehr verklausuliert von Freiwilligkeit spricht.

Dann muss ich gestehen, Herr Thürmer, mit der Karte, die Sie gezeigt haben, habe ich ein grundsätzliches politisches Problem. Wenn man mal im brandneuen Umweltgerechtigkeitsatlas der Senatsverwaltung – übrigens ein sehr schönes Produkt, wenn ich das mal sagen darf – schaut – das ist die Karte für Berlin, Seite 31, fürs Protokoll –, in welchen Siedlungsstrukturen die Leute wohnen, dann sieht man, dass die verdichteten Strukturen – Altbaubestand ist dunkelrot, Großsiedlungen in Außenbezirken blau – nicht komplett mit dieser rot-gelb-grünen Karte überein passen. Kaufen wir uns da nicht eine Verschlechterung bei der Altglassammlung in der Stadt ein? Wie sehen Sie das? Wird das mit dieser Karte übereinandergelegt? Das war eigentlich immer unser politischer Ansatz zu sagen, es muss danach gehen, wie die Leute wohnen, ob sie in einer Einfamilienhaussiedlung, einer Großsiedlung oder im Altbaubestand wohnen. Das muss das Kriterium sein, ob ich eine Umstellung mache und wie ich sie mache, und nicht danach, was eine große grüne oder gelbe Fläche auf irgendeiner Karte ist. Es wäre schön, wenn Sie darauf eingehen könnten.

Die Frage ist wirklich: Warum schreibt eigentlich Berlin Recycling die Bürgerinnen und Bürger an und nicht die BSR? Ich hatte es so verstanden, dass das immer die BSR übernimmt. Vielleicht können Sie das noch mal ausführen.

Zur Abstimmungsvereinbarung, die ja der Senat gemacht hat, wo die Freiwilligkeit immer gewährleistet werden soll: Inwieweit haken Sie da auch nach, dass das in der Praxis passiert? Wir haben echte Beispiele, dass das nicht überall passiert. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Für den Senat Herr Staatssekretär Tidow, bitte sehr!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Herzlichen Dank! – Vielleicht noch mal grundsätzlich, Herr Freymark hatte ja nach dem Verhältnis des Senats zu den Dualen Systemen gefragt. Die Dualen Systeme sind in dieser Anhörung nicht unmittelbar vertreten, indirekt schon. Wir haben hier einen privatisierten Markt, und davon kann man halten, was man will, das ist aber das, mit dem wir umzugehen haben. Im Rahmen dieses Grundsachverhalts bemühen wir uns, mit den Dualen Systemen gut zusammenzuarbeiten, und dazu gehört auch, dass man bestimmte Dinge nicht gesetzlich durchsetzen kann, sondern im Grunde auf einen Verhandlungsweg verwiesen ist. Gerade in dieser Altglasgeschichte habe ich das, gerade neu im Amt, auch sehr schnell lernen müssen, dass sich nicht alles, was das Abgeordnetenhaus gerne möchte und für uns Richtschnur des Handelns und eine wichtige Maßgabe ist, ohne Weiteres hat durchsetzen lassen und auch schon Vorgängerregierungen nicht par ordre du mufti Fehler der Vergangenheit korrigieren konnten.

Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir ein anständiges Verhältnis zu den Dualen Systemen haben und auch eine gute Lösung gefunden haben. Für uns war im Wissen darum, dass wir nicht eins zu eins einen Abgeordnetenhausbeschluss umsetzen können, immer wichtig, die Freiwilligkeit bei einem weiteren Abzug zu gewährleisten. Denn – auch das gehört zur Wahrheit dazu – es geht nicht nur um die Rückstellung im Gebiet 104, sondern wir hätten

auch keine Handhabe gehabt, die flächendeckende weitere Umstellung auf Iglus in irgendeiner Art und Weise aufzuhalten. Vor dem Hintergrund, glaube ich, ist es richtig, Herr Buchholz, dass wir uns insoweit auch eingelassen haben zu akzeptieren, dass abgebaut werden kann bis auf 60 000 plus ein paar, aber eben unter der Maßgabe der Freiwilligkeit. Ich nehme erst mal wahr, dass die BSR auch hier darauf achtet, dass das eingehalten wird. Ich habe auch bisher keinen Anlass – ich kenne das Schreiben der Berlin Recycling nicht –, irgendwie zu glauben, dass hier leichtfertig durchgezockt wird.

Ich nehme auch wahr: Vielen ist die Tonne im Hof ans Herz gewachsen. Im Augenblick bin ich in einer Situation, dass ich auch viele Schreiben von Leuten im Hinblick auf die Umstellung zur Biotonne kriege, die mich damit konfrontieren, dass sie gar keinen Platz mehr haben. Insofern, glaube ich, kann es Synergien geben, das müssen aber die Eigentümer vor Ort selbst entscheiden, wo viele aber auch sagen: Ich nehme den Iglu 300 Meter weiter gerne in Kauf und will auch nicht zu viele Tonnen bei mir im Hof haben. Das schafft mehr Platz für die Biotonne. – Also insoweit ist die Freiwilligkeit wichtig.

Die Zahlen, die in den Pilotprojekten präsentiert worden sind, deuten erst mal darauf hin, dass es ganz gut funktioniert, ohne dass sich bisher ein Konflikt angedeutet hat. Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, dass bis zu mir schriftlich irgendwas vorgedrungen ist, also kein Aufschrei, wie es ihn damals im Gebiet 104 gegeben haben muss. Ich glaube, die BSR und der Senat haben daraus gelernt. Unser Ziel ist, dass wir hier eine gute Einigung so durchsetzen können, dass es der Qualität am Ende nicht schadet, vielleicht sogar die Qualität des Altglases erhöht. Hier will ich kurz berichten, dass ein 20-prozentiger Rückgang im Gebiet 104 richtigerweise erwähnt worden ist. Die Senatsumweltverwaltung hat das gemonitort, und inzwischen ist es so, dass die Zahlen aber auch wieder deutlich gestiegen sind, das heißt, dass es unmittelbar nach der Umstellung zwar einen Rückgang gegeben hat, sich das System jetzt aber wieder neu eingependelt hat. Dazu kann vielleicht Frau Busch Näheres sagen und auch zu den ELS-Sicherheitsleistungen noch ergänzen. Das Verpackungsgesetz sieht ab 1. Januar mehr Möglichkeiten vor. Darum werden wir uns im Zuge der weiteren Abstimmungsvereinbarungen, die zu schließen sind, besonders kümmern. – Frau Busch, vielleicht!

Vorsitzender Oliver Friederici: Bitte ganz kurz!

Heike Busch (SenUVK): Ganz kurz! Zur ersten Frage: Es wurden von allen Systembetreibern bisher nach der Verpackungsverordnung Sicherheitsleistungen erhoben. Die wurden auch den Marktanteilen angepasst. Die liegen mir vor. Die Sicherheitsleistungen waren bisher nur für angeordnete Ersatzvornahmen, wenn eben Säcke stehen bleiben oder so – dafür hätten diese Sicherheitsleistungen verwendet werden können. Dazu kam es nicht, auch nicht bei der Insolvenz der ELS. Die Sicherheitsleistungen wurden diesbezüglich nicht angepackt. Sicherheitsleistungen sind jetzt nach dem Verpackungsgesetz neu zu berechnen. Es gibt ganz andere Grundlagen. Das steht alles im Verpackungsgesetz, unter anderem auch, wie Sie richtig gesagt haben, die Nebenentgelte können mitberücksichtigt werden. Die Länder haben sich bereits auf ein Berechnungsmodell verständigt. Und ich bin jetzt dabei, mir die einzelnen Entsorgungskosten, Verwertungskosten, was auch immer, die einzelnen Kosten, die da drin stehen, zu organisieren und dann die Berechnung zu machen. Ich muss allerdings sagen, es ist nicht nur mit der Berechnung getan, sondern auch die Feststellungsbescheide, die damals rausgegangen sind, schreiben das Berechnungsmodell als Nebenbestimmung fest. Die Feststellungsbescheide, jetzt Genehmigungsbescheide, müssen geändert werden. Das ist noch ein

Verwaltungsakt, der dann jetzt bei den verbleibenden acht Dualen Systemen erst mal durchgeführt werden muss, bevor ich dann tatsächlich eine Neuberechnung vornehmen oder die Sicherheitsleistung in der nach dem Verpackungsgesetz erforderlichen Höhe einfordern kann. Es werden allerdings auch, das ist vorgesehen, die Nebentgelte berücksichtigt, zumindest ein Teil, nicht 100 Prozent, das kann keiner leisten.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke schön! – Wer möchte zuerst? – Sie haben sich verständigt, Herr Thürmer fängt an.

Andreas Thürmer (BSR): Es sind noch drei Minuten, wenn ich das richtig sehe. Ich versuche, mich zu beeilen.

Vorsitzender Oliver Friederici: Auch hier gelten jetzt fünf Minuten. Das ist schwer durchzusetzen, aber ich muss es. – Also bitte!

Andreas Thürmer (BSR): Gut! – Zur Frage von Herrn Freymark, ob wir das bislang im Gebiet 104 aktiv angeboten haben: Wir haben im Vorfeld – – Ich hatte ja gesagt, 2018 haben wir umfangreich informiert. Gerade im Gebiet 104 ist vor allem auch die Wohnungswirtschaft von dieser ganzen Geschichte betroffen gewesen. Wir waren beim BBU und haben darüber breit informiert. Wir haben dort auch schon angeboten: Wenn ihr einen konkreten Bedarf habt, dann könnt ihr euch an uns wenden. – Wir haben natürlich nicht jeden Einzelnen angeschrieben. Das würden wir Moment auch nicht machen, denn ich kann erst dann die Tonne zurückstellen, wenn ich ein gewisses Potenzial generiert und an anderer Stelle abgezogen habe. Aber es gab natürlich schon eine aktive Information, und die können sich gerne bei uns melden, wenn sie da Bedarf haben.

Frau Platta, Sie fragten: Wege oder Radius von 300 Metern? – Wir können nur einen Radius zugrunde legen. Ich kann nicht jeden einzelnen Weg ablaufen und nachmessen, ob der tatsächliche Weg noch 20 Meter weiter ist oder nicht. Wir arbeiten an der Stelle mit Radien und halten die aber auch strikt ein, sodass wir nicht deutlich weiter weg kommen werden. Sie hatten auch gefragt: Was ist, wenn der freiwillige Abzug nicht erreicht wird? – Dann sage ich: Wir haben dann erreicht, was vereinbart wurde, nämlich alle angeschrieben, die infrage kommen, und nach dem Prinzip der Freiwilligkeit dann das abgezogen, was abzuziehen war. Wenn die Dualen Systeme damit nicht zufrieden sind, dann, denke ich, muss man neue Verhandlungen zwischen der Senatsverwaltung und den Dualen Systemen führen, um das System weiter anzugehen.

Was wir machen werden: Ich hatte ja gesagt, die Depotcontainerausstattung ist an der einen oder anderen Stelle sehr rudimentär. Es steht jetzt erst mal im Vordergrund zu versuchen, die Versorgung mit Depotcontainern zu verbessern. Wir gehen da auch vor allem an den Einzelhandel ran. Das ist naheliegend, denn wenn ich Getränke hohle, nehme ich leere Flaschen wieder mit. Da ist aber das Verhalten sehr zurückhaltend. Da würden wir uns, wenn es irgendwie eine Möglichkeit gibt, auch Unterstützung wünschen, denn das ist super sinnvoll für die Leute, wenn sie dort, wo sie Getränke kaufen, auch Altglas wieder abgeben können.

Zum Thema Freiwilligkeit muss ich erst mal sagen: Das Schreiben der BR ist schlicht und einfach ein Fehler. Das war ein Fehler im System. Dieses Schreiben wird normalerweise verwendet, wenn die Leute stark vermüllte Behälter haben. Dann ist die Wahl natürlich nicht mehr da, sondern dann sagt man: So, jetzt kriegst du den Behälter abgezogen. – Die BR hatte eine Umstellung ihres SAP-Systems. Da sind ein paar Fehler in der Kundenkommunikation passiert, die u. a. bei Ihnen aufgeschlagen sind. Ansonsten läuft es so nicht. Aber die Schreiben werden von der BR in unserem Auftrag versandt, denn letztendlich braucht ja der Kunde eine Information von demjenigen, von dem er die Leistung bezieht, und nicht von der BSR, die Leistung ja gar nicht erbringt, sondern die BR ist der Partner.

Dann war noch die letzte Frage: Stimmen wir uns zum Thema LVP-Sammlung ab? Gibt es die Möglichkeit, gewerbliche Sammlungen zu machen? – Meines Wissens sieht das Verpackungsgesetz an der Stelle keine Möglichkeit für gewerbliche Sammlungen vor. Wir stimmen uns selbstverständlich über die Vorgehensweise ab, weil wir auch über die Logistik ständig im Kontakt sind. Dass wir sehr unterschiedliche Vorgehensweisen hätten, habe ich bisher nicht gehört, aber kann ich gerne noch mal mitnehmen und prüfen.

Vorsitzender Oliver Friederici: Prima, Herr Thürmer, ganz herzlichen Dank! – Für das Unternehmen ALBA nun Herr Krumrey, bitte sehr!

Henning Krumrey (ALBA): Aus den Eingangsausführungen von Herrn Scholtysek war die Frage offen: Was ist mit Verpackungen aus anderen Ländern? – Generell ist es so, dass der Importeur zuständig ist, also auch gegenüber den Dualen Systemen einen Vertrag abschließen muss. Theoretisch ist es natürlich denkbar – das sehen Sie auch bei vielen Produkten, die aus dem Ausland kommen, so wie es auch in Deutschland einzelne in Verkehr Bringende gibt oder gegeben hat, insbesondere kleinere, die sich entgegen den Vorschriften nicht lizenziert haben –, dass das auch aus dem Ausland so ist und in dem Sinne illegal kleinere Mengen von kleinen Herstellern verkauft werden. Das ist nicht zulässig und wäre dann eben eine Aufgabe der Aufsichtsbehörden, dieses aus dem Verkehr zu ziehen, weil dann in der Tat eine Entsorgung der Verpackung stattfindet, ohne dass jemand dafür bezahlt hat. Dagegen können die Dualen Systeme selbst nicht vorgehen. Aber, wie gesagt, wir haben ja dieses Problem, dass gerade kleine Anbieter nicht ihrer Lizenzierungspflicht nachgekommen sind, in großer Zahl, in Deutschland auch. Die Großen machen das. Aber bei der Einführung des Verpackungsgesetzes und der jetzt neuen zentralen Stelle und dem neuen Register stellt man ja fest, dass da erst nach und nach alle Meldungen eingehen.

Bei der Frage der gelben Tonne für Gewerbebetriebe sind die Entsorger an das gebunden, was die Abstimmungsvereinbarung des Senats mit den Dualen Systemen dazu festlegt. Da gibt es auch eine Liste, was wie einzuordnen ist. Ich bringe Ihnen mal zwei Beispiele: Handwerk zählt als vergleichbare Anfallstelle wie ein Privathaushalt, Handel aber nicht, denn der Handel ist ja gerade der Verpflichtete, der für die Entsorgung mit geradestehen soll. Insofern, Herr Buchholz, hatten wir den Fall eines Fotostudios, und jetzt müssen Sie in jedem Einzelfall gucken: Was heißt jetzt hier Fotostudio? Betreibt er da hinten ein kleines Fotolabor, dann ist er handwerksähnlich und darf eine gelbe Tonne bekommen. Ist es eigentlich nur ein Fotoladen, wo Fotobedarf verkauft wird, dann ist es Handel, dann hat er keinen Anspruch auf eine gelbe Tonne, denn wir müssen ja bei diesen Abgrenzungen jeweils berücksichtigen, dass wir für Gewerbe die Gewerbeabfallverordnung haben, die seit dem letzten August eine noch viel stärkere Getrennthaltung der Abfälle als bisher und damit eine sortierte Sammlung vor-

schreibt. Im Interesse der Verbraucher ist natürlich nicht, wenn jeder Gewerbebetrieb sich eine gelbe Tonne hinstellen lässt und Abfälle, die eigentlich klassische Gewerbeabfälle sind, dort entsorgt, und der Verbraucher bezahlt es über die Umlage, die in den Produkten der in Verkehr Bringenden einberechnet ist.

Beim Thema Sicherheitsleistungen gibt es in der Tat Gespräche der Länder. Es hat vonseiten der Dualen Systeme – nicht von allen, aber von den, ich würde mal sagen, konstruktiven und gutwilligen – dazu eine Reihe von Vorschlägen gegenüber dem Bund und den Ländern gegeben, wie man diese Sicherheitsleistungen – erstens – erweitert und – zweitens – eben auch besser nutzen kann, denn das ist durchaus auch im Interesse der Dualen Systeme.

Vielleicht als versöhnlicher Abschluss: Gestern Abend war ich in München bei einer Podiumsdiskussion, wo ich mitdiskutieren sollte und auch ein bisschen streiten musste. Unter anderem ging es um die Frage: Was kann München von Berlin lernen? – Das ist für Preußen immer ein heikles Thema, wenn man dort zum Auswärtsspiel ist. Ich kann Ihnen aber berichten, in München werden die Verpackungsabfälle, also das, was bei uns ganz normal in der Wertstofftonne landet, über sogenannte Wertstoffinseln im Stadtgebiet gesammelt, wie es das bei uns teilweise mit den Glascontainern gibt, dort auch für Verpackungen, und da ist die Erfassungsmenge pro Kopf fünf Kilogramm, wir liegen in Berlin zwischen 25 und 30 Kilogramm. Dann fragten da Bürger aus dem Publikum: Was ist denn mit dem Rest, mit der Differenz der 20 Kilogramm? – Und da mussten die dortigen Lokalmatadore sagen: Ja, das wird eben verbrannt, weil es gar nicht erfasst werden kann. – Insofern sind wir in Berlin mit der Wertstoffsammlung gar nicht so schlecht. – [Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)] – Und der Verbraucher bezahlt es doppelt, genau, denn er bezahlt natürlich an der Ladentheke und hinterher noch mal, weil diese 20 Kilogramm in die graue Tonne geworfen werden. So ist es!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Krumrey! – Herr Buchholz hat noch eine kurze Nachfrage an Sie, Herr Thürmer. – Bitte!

Daniel Buchholz (SPD): Genau! Es tut mir leid, Herr Thürmer, ich habe den Brief ja hier und gebe ihn auch gleich dem Staatssekretär, wo man sieht, das ist aus meiner Sicht kein vom Computer generierter Fehlbrief, sondern es ist eindeutig so gemeint, ohne Freiwilligkeit, sondern: Deine Glastonnen kommen weg. – Darum bitte noch mal die Information, wie viele Leute haben fehlerhafte Briefe bekommen, und wird dieser Fehler korrigiert, also bekommen die noch mal einen Brief, wo drin steht, es war eigentlich freiwillig, können die jetzt eine Tonne zurückbekommen, ja oder nein? Das ist für mich auch eine sehr politische Frage.

Vorsitzender Oliver Friederici: Bitte, Herr Thürmer!

Andreas Thürmer (BSR): Da bringe ich jetzt mal Herrn Haupt ins Spiel.

Vorsitzender Oliver Friederici: Herr Haupt antwortet für die BSR.

Hendrik Haupt (BSR): Weil ich sonst gar nichts sagen darf! – Zu dem Brief: Es ist tatsächlich ein Fehler. Um die Sachen zu trennen: Der Umstellungsbrief wird mit dem gemeinsamen Absender Duale Systeme, SenUVK, BSR von der Berlin Recycling verschickt, aus Datenschutzgründen aber in unserem Auftrag. Das ist das eine Thema. – Die zweite Schiene: Die Berlin Recycling ist beim Thema Qualitätssicherung allein und eigenständig unterwegs. Die

hat, das muss man sagen, diesen saudämlichen Fehler an der Stelle gemacht, diesen Brief mit dem Thema Glaserfassung oder Umstellung zu nutzen, um das Thema vermüllte Standplätze zu bearbeiten. Der Brief passt nicht auf das Thema. Der nennt auch dieses Thema nicht. Es sind knapp 100 Briefe rausgegangen. Es gibt wirklich Probleme mit dem Computersystem. Die Berlin Recycling ist noch am Checken, in welchem Zeitraum das rausgegangen ist. Es können nur knapp 100 Briefe sein. Wir unterhalten uns mit der Berlin Recycling, wie das geradegebogen werden kann. Da muss man sich wahrscheinlich die Einzelfälle angucken. Das so abstrakt zu beurteilen, finde ich jetzt schwierig.

Vorsitzender Oliver Friederici: Auch Ihnen danke, Herr Haupt! – Meine Damen und Herren Anzuhörende, recht herzlichen Dank, dass Sie heute hier gewesen sind! Die Präsentation fügen wir dann dem Protokoll des Ausschusses bei. Nochmals ganz herzlichen Dank für Ihr Kommen im Namen des Ausschusses, und wir wünschen Ihnen einen schönen Tag! – [Allgemeiner Beifall] – Bevor wir den Tagesordnungspunkt 3 verlassen, frage ich: Können wir 3 a als abgeschlossen betrachten? – Das ist so. Und 3 b ebenfalls? – Das ist so, Widerspruch höre ich nicht. Damit verlassen wir den Tagesordnungspunkt 3.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.